

DEUTSCHE POLIZEI

DEZEMBER 2015 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



„Cool!
Die Polizei hat
kaum Leute,
die Streife fahren.“



Deutschlands Kriminelle freuen sich
bei der Polizei gestrichen. Schluss da
wir brauchen verstärkung



Gewerkschaft
der Polizei

Polizei braucht Verstärkung



Gut für die Umwelt. Schlecht für die Unterwelt.

Leichtbaukarosserie und effiziente Antriebstechnologien: das neue C-Klasse T-Modell. Auf der Jagd nach schweren Jungs ist die neue C-Klasse ein echtes Leichtgewicht. Konsequenter Leichtbau, neue, verbrauchsarme Euro-6-Motoren und auf Wunsch erhältliche Hybridantriebe sorgen für sparsamen Kraftstoffeinsatz. Mit zahlreichen Assistenzsystemen wie dem serienmäßigen COLLISION PREVENTION ASSIST PLUS spart sie an einem allerdings garantiert nicht: an Ihrer Sicherheit. Mehr Informationen unter www.mercedes-benz.de/polizei

Mercedes-Benz



FRAUEN



Foto: Keystone USA, Falkenberg/dpa

Es sind Namen wie Hatun Sürücü, Morsal Obeidi, Arzu Özmen und seit Januar dieses Jahres auch Lareeb Khan, die für Frauen stehen, die ihre Wünsche nach persönlicher Freiheit mit dem Tod bezahlen mussten. Sie wurden durch die eigene Familie ermordet (...)

Seite 14

FACHTAG



Foto: GdP/Hagen Immel

Die Rückmeldungen aus der Polizei müssen alarmieren. Die spezialisierten OK-Ermittler sind kaum mehr in der Lage, die personal- und zeitintensiven Strukturermittlungen konsequent fortzuführen. Die Polizei ist den letzten mindestens fünfzehn Jahren systematisch heruntergewirtschaftet worden.

Seite 19

EINSATZGESCHEHEN



Foto: WILDLIFE/M.Blaichas/dpa

„Ist da die Polizei? Ich hatte gerade einen Unfall mit einem großen Tier gehabt. Das liegt am Straßenrand und lebt noch. Ich glaube, es ist ein Wolf.“ So oder so ähnlich könnten sich mitunter Notrufe anhören.

Seite 39

- 2 **KOMMENTAR** Besinnen auf das, was wirklich zählt
- 3 **FORUM**
- 4 **TITEL/WIR-BRAUCHEN-VERSTÄRKUNG.INFO**
GdP-Kampagne gegen Personalmangel: Fokussieren, überraschen, zuspitzen
- 7 Jörg Radek: „Wir werden nicht locker lassen“
- 8 **FRAUEN** Zwangsheirat – Moderne Form der Sklaverei
- 10 Statement von Bianca Biwer, Bundesgeschäftsführerin des WEISSEN RINGS, zum Thema Zwangsheirat
- 14 Kulturell legitimierte Gewalt gegen Frauen – Die Opfer im Spannungsfeld zwischen Populismus und einer Politik des Wegsehens
- 18 SUANA-Krisentelefon
- 19 **FACHTAG** Experten wollen enge Netzwerke gegen Organisierte Kriminalität knüpfen
- 26 **INTERN** Flüchtlingskrise im Fokus der GdP-Haupt- und Gesamtpersonalräte
- 27 **GESPRÄCHE** Neuer Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses will Gewalt gegen Polizei im Fokus der Politik halten
- 28 **INTERN** Neues Gremium für Behinderte in der Polizei
- 30 **AKTUELL** Terror erschüttert Paris
- 31 **INTERN** Es war früher nicht besser, es war anders – GdP Brandenburg feiert 25-jähriges Jubiläum
- 31 Festveranstaltung – 25 Jahre GdP in Sachsen
- 33 Sofortpaket gefordert – 25 Jahre GdP in Sachsen-Anhalt
- 35 25 Jahre jung und aktiv für die Polizei
- 36 **RECHT** Ungewöhnlicher Verkehrsunfall
- 38 **GESUNDHEIT** Unser Leben mit einer seltenen Erkrankung
- 39 **EINSATZGESCHEHEN** Wolfs-Hotlines auf die Wache! – Hinweise zu Ereignissen im Zusammenhang mit Wölfen
- 40 **IMPRESSUM**



Besinnen auf das, was wirklich zählt

Ein Jahr mit zahlreichen blutigen Konflikten und vielen unschuldigen Opfern neigt sich dem Ende. Bereits im Januar Schüsse, Tote und Trauer in Paris. Das Ringen um Worte, diese neue Dimension von Brutalität beschreiben zu können, findet kein Ende. Im November nun wieder Anschläge auf die Lebenslust – mitten in Europa durch kaltblütig und professionell agierende Terroristen. Erneut Betroffenheit, polizeiliche Präsenz und eine politische Debatte um Gesetze und Sofortmaßnahmen.

Siebzigern, so wie Anfang der Neunziger Wolfgang Schäuble und um die Jahrtausendwende Otto Schily. Wir haben diese Entwicklung als Gewerkschaft stets konstruktiv begleitet. Für die Menschen, deren Sorgen wir sehr ernst nehmen, stehen wir dafür auch gegenwärtig zur Verfügung. Nach wie vor ist die Bundesrepublik Deutschland eines der sichersten Länder der Welt. Jeder Einzelne in der Polizei sorgt dafür, dass das so ist. Doch wir müssen auch dafür sorgen, dass es so bleibt. Die Polizei braucht

Freiheit. Wenn es richtig ist, dass diese Terrorattacken auf diese Ordnung gerichtet waren, dann dürfen wir uns diesem Druck nicht beugen. Wir wollen unsere Freiheit und Toleranz leben. Wir schützen das Zusammenleben und die Rechtsordnung. Deshalb machen wir aufmerksam, wohin der Personalabbau in der Polizei führt. Nach dem Wegfall vieler Stellen dürfen wir jetzt nicht noch zu zulassen, dass es zu Abstrichen an den Qualitätsstandards unserer Arbeit kommt. Die Polizei in Deutschland genießt eine gesellschaftlich hohe Anerkennung, sie leistet ihre Arbeit auf international höchstem Niveau. Beides darf durch billige Lösungen als Hilfsmittel der Personalverstärkung nicht gefährdet werden. Die Qualität des Personals sichert die Qualität der Arbeit. Die Suche nach schnellen Lösungen darf nicht zu Discount-Lösungen führen. Langfristig ist damit niemandem geholfen.

Die Dynamik der Personalgewinnung darf nicht zu berufspolitischen Schnellschüssen führen. Eine Absenkung der Einstellungs Voraussetzungen für den Polizeiberuf wird es mit uns nicht geben. Einstellungs Voraussetzungen für die Polizei sind im Gegensatz zu einer privaten Sicherheitsfirma kein „Gewerbezugang“, sondern der Einstieg in einen anspruchsvollen Beruf.

Zu diesem Beruf gehört die Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit. Dieser berufliche Anspruch ist in diesem Jahr besonders zu spüren. Trotz der hohen Belastungen wünschen wir besinnliche Stunden in der Geborgenheit der Familien und Freunde. Die Arbeit in der Polizei ist anstrengend für Körper und Seele, möge deshalb die Zeit an den Feiertagen durch die Selbstbestimmung für Entspannung sorgen. Was im Alltag zwischen der Arbeit und der Organisation des Privaten häufig fehlt, können wir hoffentlich zum Fest nachholen – Besinnlichkeit. Davon bitte auch im Alltag bei der Wahl von Worten und Taten mehr.

Uns allen ein friedliches und gesundes Neues Jahr.



Jörg Radek, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender



GdP-Vize Jörg Radek im Gedenken an die Opfer von Paris am Brandenburger Tor in Berlin. Foto: Holecek

Die Menschen in der Polizei, in weiteren Verwaltungen und den Nichtregierungsorganisationen bewältigen trotz teilweise erheblicher Belastungen ihre Aufgaben. Leistungen, die seitens des Regierungshandelns nicht immer festgestellt werden konnten. So ist die Bundesregierung in der Bewertung der Flüchtlingssituation häufiger uneinig als notwendigerweise einig. Nun wird ganz offen auch ein Bezug zwischen dem Terror in Paris und dem Flüchtlingsstrom hergestellt. Die Verunsicherung der Bevölkerung wird in das politische Kalkül einbezogen.

Regierungskunst ist das Erkennen von Herausforderungen sowie die Entwicklung und Durchsetzung von geeigneten Lösungen. Wenn die Schüsse von Paris, uns ein weiteres trauriges Mal erschüttern, dann sollten wir auch danach handeln, so wie Hans-Dietrich Genscher in den

einen personellen Aufwuchs – nicht nur zur Bewältigung der Massmigration. Wir brauchen Personal für die alltägliche Arbeit, die ja kein Selbstzweck ist. Wenn Arbeit liegen bleibt, spüren dies die Bürgerin und der Bürger unmittelbar. Von dem massiven Stellenabbau profitieren die Kriminellen in unserem Land. Durch die Wohnungseinbrüche beispielsweise wird das Sicherheitsempfinden gestört, der Schutz des Eigentums und der Privatsphäre verletzt. Diese Entwicklung war abzusehen. Doch unsere Alarmglocken wurden überhört. Wir wollen in einer Kampagne Druck aufbauen mit dem Ziel: Wir brauchen Verstärkung!

Ist es mit der Pietät vertretbar, nach den erneuten Anschlägen von Paris die seit langem geplante Aktion zu starten? Wir haben dies bejaht. Zu den Werten unserer Ordnung gehören Meinungsfreiheit und Koalitions-



Zu: Flüchtlinge, DP 10/15

Dank an die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei sowie den Länderpolizeien bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Der Report zeigt hinreichend die Belastungen der Polizei.

Die öffentlich wahrnehmbare Diskussion scheint sich zurzeit schwerpunktmäßig nur zwischen der großen Gruppe der Willkommenshelfer einerseits und der nicht zu tolerierenden Gruppe der äußerst rechts stehenden Radikalen abzuspielen. Die Mitte muss sich hüten, nicht auch zur zweiten Gruppe hinzugerechnet zu werden.

Mitte des Jahres war noch jeder, der Kasernen und andere größere Liegenschaften zur Erstunterbringung der Zuwanderer vorschlug, schon menschenverachtend und der Diskriminierung verdächtig. Auch die vorsichtig geäußerte Absicht der Trennung in faktische Kriegs- und sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge war verpönt und veranlasste zu Tiraden gegenüber dem Äußerer. Als zu einem späteren Zeitpunkt aus Bayern die Notwendigkeit von Zelten zur Erstunterbringung geäußert wurde, standen als Kritiker nicht nur die Grünen und die Linken parat. In NRW war es die Landesregierung, die zunächst erklärte, so etwas käme auf keinen Fall infrage. Allen Flüchtlingen sollte zeitnah Wohnraum dort zur Verfügung gestellt werden, wo unmittelbare Integration möglich ist. Damit wurde wichtige Zeit vertan. Zudem begann eine Verurteilung der bayrischen Landesregierung, die Zug um Zug in den rechten Sektor gerückt wurde und sich der Diskriminierung ausgesetzt sehen musste.

Zu einem teilweisen Umdenken – auch in anderen Bundesländern – kam es erst, als durch die Bundeskanzlerin Ende August das Dublin-Abkommen quasi außer Kraft gesetzt wurde. „Wir schaffen das“, so die Kanzlerin, wobei ich nicht nachvollziehen kann, wen sie als Adressaten meinte und welche Ziele sie mit dieser Aussage verbunden hat – nur die Einreise und räumliche Unterbringung oder auch die gesamtgesellschaftliche Integration. Auf keinen Fall kann sie damit Bayern gemeint haben, weil nicht nur ich große Probleme in der derzeitigen Handhabung sehe. Wenn mit „Wir schaffen das“ und „Asylrecht kennt keine Obergrenzen“ gemeint ist,

dass zwar Hunderttausende ins Land gelassen werden, man dann aber nicht weiß, wie man diese Menschen zeitgleich würdevoll (Artikel 1 Grundgesetz) staatlicherseits geplant und geordnet aufnehmen und unterbringen kann und für das Danach eigentlich keinen geordneten Plan hat, um elementare Folgen (Wohnraum, Sprachbildung, Schule, Ausbildung, Berufsausübung mit dem Ziel der selbstbestimmten Lebensgestaltung) zu gewährleisten, dann gehören diese Sprüche sinnbildlich in die Tonne.

Aus diesem Grund gibt es sehr wohl eine Obergrenze. Diese ist dann erreicht, wenn die aufgenommenen Flüchtlinge/Zuwanderer nicht mehr dem Artikel 1 Grundgesetz entsprechend würdig untergebracht werden können. Dieser Punkt ist meines Erachtens erreicht. Andererseits, wenn ein Staat wichtige Teilbereiche nicht mehr wahrnehmen kann (Schulsport, Vereinssport, allgemeine Verwaltung aus eigenen Kräften gestalten). Von den absehbaren sicherheitspolitischen Problemen, mit denen sich meine Kolleginnen und Kollegen noch befassen werden, gar nicht zu sprechen.

Wer nicht garantieren kann, dass er einer unbegrenzten Anzahl an Flüchtlingen unter Vorgabe Artikel 1 Grundgesetz Asyl gewähren kann, sollte überdenken, was die Väter des Grundgesetzes unter dem Artikel 1 und 16 in erster Linie verstanden haben könnten. Er muss dann zu der Erkenntnis kommen, dass Asylgewährung nicht im letzten Schweinestall erfüllt und gewährleistet ist. Das ist für mich die Obergrenze. Ein Weniger an Flüchtlingen würde hier ein Mehr an Qualität und Würde bedeuten.

Ich hoffe, dass meine Kolleginnen und Kollegen neben der jetzigen Unterbringungsorgie, die für viele Politiker schon die Bewältigung darstellt, nicht nach drei Jahren Situationen vorfinden, wie sie meine Gewerkschaft heute nur in einigen Brennpunktbereichen skizziert hat. **Alfred Heinbuch, Bochum**

Zu: Polizeigeschichte, DP 11/15

Mit großem Interesse habe ich den Bericht des Kollegen Heinrich Buchholz gelesen und bin unter dem Strich froh, dass ich den Polizeiberuf trotz der Widrigkeiten in der heutigen Zeit ausüben darf. Ich wusste bis zu dem

Bericht nicht, dass Herr Buchholz ein Kollege ist. Ich bin ebenfalls Oberhausener Bürger und lese schon seit langem seine regelmäßig in den örtlichen Medien verfassten scharfsinnigen Leserbriefe. Er ist trotz oder wahrscheinlich gerade wegen seines hohen Alters von 93 Jahren ein sehr genau und politisch gut informierter Mensch. Daher sind seine verfassten Lesermeinungen und Berichte für mich persönlich immer von hohem Stellenwert. Ich wollte das an dieser Stelle mal loswerden und wünsche ihm alles Gute und hoffe, noch viel von ihm zu lesen.

Marc Fröhlich, Oberhausen

Zu: Gewalt gegen Polizisten, DP 1+2/15

Eine große Mehrheit der Bevölkerung ist nicht gegen Braunkohle-gebäude, zumal die wegfallenden Arbeitsplätze nicht über Nacht ersetzt werden können. Deswegen ist es nicht hinnehmbar, dass eine kleine Gruppe von Berufsdemonstranten und Straftätern über Monate Straftaten begehen, Firmenmitarbeiter und eingesetzte Polizisten geschlagen, getreten und bespuckt und aus Gründen der Verhältnismäßigkeit dann entlassen werden, da sie die Angabe ihrer Personalien verweigern. Es ist an der Zeit, härter durchzugreifen. Politik, Polizei und Justiz muss an einem Strang ziehen, diesem gefährlichen Treiben Einhalt gebieten. Die Gesetze haben wir. Das hat auch nichts mit einer eingeschränkten Demonstrationsfreiheit zu tun. **Hubert Laven, Langenwehe**

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de



GdP-Kampagne gegen Personalmangel: Fokussieren, überraschen, zuspitzen

Dreieinhalb Minuten – so lange dauert etwa ein Musikstück im Radio. Oder eine schnelle Zigarette unter Zeitdruck. Dreieinhalb Minuten, das ist auch die Zeitspanne, die im Durchschnitt zwischen zwei Wohnungseinbrüchen in Deutschland vergeht. Denn „My home is my castle“, das war einmal. 150.000 Wohnungseinbrüche gab es im vergangenen Jahr in Deutschland – der höchste Stand seit 1998. Und von Gewaltverbrechen abgesehen trifft nichts die Menschen so sehr ins Mark wie ein Eindringen in die eigenen vier Wände. Überraschend ist dieser traurige Befund nicht. Wenn über Jahre hinweg immer größere Löcher ins Sicherheitsnetz geschnitten werden, hat das konsequenterweise Folgen.

Die Opfer sind oft geschockt und traumatisiert, etwa ein Drittel fühlt sich in der eigenen Wohnung nicht mehr sicher, jeder Zehnte zieht um. „Es ist eine dramatische Erfahrung, wenn

man sich in seinen eigenen Wänden nicht mehr sicher fühlt“, sagt der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Arnold Plickert. Gerade in seinem Bundesland

Nordrhein-Westfalen nehme die Einbruchskriminalität zu. Schon jetzt sei absehbar, dass die Zahlen noch mal steigen gegenüber 2014. Diese wachsende Zahl der Wohnungseinbrüche sei nicht hinnehmbar, mehr Prävention und Präsenz auf den Straßen notwendig, fordert Plickert. „Und das geht nur mit mehr Polizistinnen und Polizisten, so einfach ist das“, sagt der GdP-Vize weiter. Und das ist deshalb die unmissverständliche Botschaft der Kampagne: „Wir brauchen Verstärkung“.

Mit immer weniger Polizistinnen und Polizisten kann man nicht immer mehr Sicherheit erwarten. Seit Ende der neunziger Jahre wurden 16.000

06/11/15 23:11:35

**„Cool!
Die Polizei hat
kaum Leute,
die Streife fahren.“**

Deutschlands Kriminelle freuen sich: In den letzten Jahren wurden 16.000 Stellen bei der Polizei gestrichen. Schluss damit! Unterstützen Sie uns:

wir-brauchen-verstaerkung.info

Gewerkschaft der Polizei



Stellen gestrichen, die Politik hat an der Sicherheit gespart, als sei der ewige Frieden ausgebrochen. Nicht nur die innere Sicherheit hat gelitten, auch das Sicherheitsgefühl der Menschen nahm Schaden. 30 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, also fast jeder Dritte, fürchtet sich vor Wohnungseinbrüchen. Zum Vergleich: 2011 waren es nur 19 Prozent. Für die GdP ist dies die logische Konsequenz der Kürzungspolitik. „Die Polizei ist schon lange am Limit und die Bürgerinnen und Bürger merken das. Das hat Auswirkungen auf ihr Sicherheitsgefühl, dass sie von der Politik nicht ernst genug genommen werden“, sagt GdP-Vorstandsmitglied Clemens Murr.

Die GdP ist in den vergangenen Jahren nicht müde geworden, auf die Gefahren des Stellenabbaus hinzuweisen – für die öffentliche Sicherheit, aber auch für die Kolleginnen und Kollegen, die zusätzlichen Belastungen ausgesetzt werden. In zahllosen Gesprächen in Bund und Ländern, mit Regierungs- und Parlamentsvertreterinnen und -vertretern fordert die GdP



Öffentlichen Druck schaffen

Was offenbar fehlt, ist öffentlicher Druck, der die Politik zwingt, ihre

in persönlichen Gesprächen reichen offenbar nicht, das haben wir ja erlebt. Deshalb müssen wir eben Druck machen, damit die Innen- und Haushaltspolitiker aus ihrem Dämmerschlaf erwachen. Ich bin mir sicher, dass wir dabei die Bürgerinnen und Bürger auf unserer Seite haben.“

Unter dem Motto „Wir brauchen Verstärkung“ ist deshalb Ende November eine Kampagne für mehr Personal und Sicherheit gestartet. Ziel ist es, den politisch Verantwortlichen in den Regierungen und Parlamenten noch einmal deutlich vor Augen zu führen, dass mehr Personal bei der Polizei erforderlich ist, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Das Motto löst Assoziationen aus, die die Notlage der Polizei verdeutlichen. Den Ruf „Wir brauchen Verstärkung“ kennt man aus Kriminalfilmen, in denen Polizisten in eine schwierige Situation geraten sind und Unterstützung brauchen – wie die Polizei in ihrer Gesamtheit angesichts des Personalmangels.



(v.l.) Clemens Murr, Jörg Radek und Arnold Plickert (alle Geschäftsführender GdP-Bundesvorstand) bei Foto- und Videoaufnahmen für den Kampagnenstart. Foto: GdP/Hagen Immel

einen Stop des Personalabbaus. Das Problem: Es mangelt nicht an Einsicht, sondern am Handlungswillen. Die Politik hat kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsdefizit. „Den guten Worten über die Polizei folgen keine guten Taten für die Polizei“, so Murr.

bequeme Haltung des Nickens und Nichtstuns zu ändern. Deswegen hat der Bundesvorstand der GdP beschlossen, diesen öffentlichen Druck zu schaffen, damit sich etwas bewegt. Aus Sicht Plickerts hat die GdP keine andere Wahl: „Gute Argumente

GdP-Kampagne in verschiedenen Kanälen

Das Motto der Kampagne verdichtet die Botschaft und taucht auf allen Kommunikationsmitteln auf. Aber eine Kampagne braucht zusätzlich eine Idee, eine Mechanik, die trägt und in verschiedene Kanäle ausgespielt werden kann. Bei der Entwicklung dieser Idee hat die GdP einen ungewöhnlichen Wechsel der Perspektive vor-



genommen. Der Sparkurs schadet den Bürgerinnen und Bürgern, die weniger Sicherheit bekommen, und schadet den Polizistinnen und Polizisten, die immer stärker belastet werden. Aber der Schaden des einen ist oft der Nutzen der anderen. Es gibt Profiteure des Personalabbaus: Die Straftäter, die natürlichen Antagonisten der Polizei, für die jede gestrichene Stelle ein Grund zum Feiern ist.

An dieser Stelle setzt die Kampagne an. Sie dreht den Blickwinkel um 180 Grad und wirft aus der Perspektive der Gesetzesbrecher einen provokanten Blick auf die Kürzungspolitik und deren Folgen.

Die Motive der Kampagne zeigen in der körnigen Schwarz-Weiß-Optik von Überwachungskameras fröhliche Kriminelle beim Wohnungseinbruch, Diebstahl oder Internetbetrug. Sie freuen sich, weil die Polizei zu wenig Personal hat, um sie an ihren Straftaten zu hindern. „Cool! Die Polizei hat kaum Leute, die Streife fahren“, jubelt der Einbrecher mit dem Diebesgut im Gepäck. Die Internet-Kriminellen grinsen vor dem Bildschirm: „Mega! Kaum Polizei im Internet.“

Eingeordnet werden die Sprüche mit einem erklärenden Text: „Deutschlands Kriminelle freuen sich: In den vergangenen Jahren wurden 16.000 Stellen bei der Polizei gestrichen.“ Am Schluss der Appell, um die Bürgerinnen und Bürger als Verbündete zu gewinnen und zu mobilisieren. „Schluss damit! Unterstützen Sie uns!“ Denn auch darum geht es in der Kampagne: Die Bürger, die Polizeibeamten, deren Familien und Freunde sollen aktiviert werden.

Es ist eine überraschende und mutige Wendung, dass ausgerechnet die Gewerkschaft der Gesetzeshüter fröhliche Menschen beim Gesetzesbruch zeigt. Auch die körnige Schwarz-Weiß-Optik ist ungewöhnlich. Aber sie fällt auf und darum geht es. Die Kampagne muss mutig und überraschend sein, weil Gewerkschaften nicht die ganze Republik mit Plakaten zupflastern können, um Aufmerksamkeit zu erzielen. „Wir müssen unsere Mittel gezielt einsetzen, überraschen und zuspitzen“, erklärt Murr die Ausgangslage.

Start am Brandenburger Tor

Der Auftakt ist gemacht, die Kampagne gestartet. Vor dem Brandenburger Tor in Berlin haben die



Kampagnenmotive das Licht der Welt erblickt. Begleitend zur Enthüllung hat eine fröhliche „Kriminellen-Demo“ – Komparsen als schwere Jungs verkleidet – die Kampagnenidee in die reale Welt getragen. Und die ersten Großflächenplakate wurden im Regierungsviertel platziert, gut sichtbar für den Berliner Politikbetrieb. Auch online wurde kontextsensitive Werbung geschaltet, das heißt: Bei redaktionellen Beiträgen, die einen inhaltlichen Bezug zum Thema der Kampagne haben, werden automatisch Werbebanner geschaltet, regional konzentriert auf jene Berliner Bezirke, in denen das politische und mediale Berlin arbeitet und lebt. Auch hier gilt: Streuverluste vermeiden, fokussieren auf die Kernzielgruppen.

Parallel ist die Kampagnen-Webseite www.wir-brauchen-verstaerkung.info online gegangen, auf die alle Werbemittel verweisen. Sie ist die Informations- und Kampagnendreh Scheibe, auf der alle Kampagnenelemente zusammengetragen und gebündelt werden. Hinzu kommen aktuelle Informationen rund um das Thema Personalmangel und ein Abgeordnetensuchinstrument, mit dem jeder Besucher per Postleitzahl seine Bundestags- und Landtagsabgeordneten finden und per Mail einen Appell schicken kann.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen als Verbündete gewonnen werden, um den Druck auf die politischen Entscheidungsträger zu erhöhen. Auch

die Polizeibeamten, deren Familien und Freunde sollen aktiviert werden. Über die Kampagnen-Website können alle eine E-Mail an die Bundes- und Landespolitikerinnen und -politiker ihres Wahlkreises schicken mit dem Appell, die Kürzungsmaßnahmen zu beenden und mehr Personal bei der Polizei einzustellen. „Wir hoffen, dass viele Kolleginnen und Kollegen mitmachen und ihre Familien, Freunde und Bekannten motivieren, sich an die Abgeordneten zu wenden. Je mehr Leute mitmachen, desto größer der Druck auf die Politik“, bekräftigt Plickert.

Kampagne im kommenden Jahr in den Ländern

Nach dem Auftakt wird die Kampagne im nächsten Jahr dann in die Länder getragen, dort, wo die Haushaltsmittel für die Polizei vergeben werden, sieht man von Bundeskriminalamt und Bundespolizei ab. Neben den genannten Maßnahmen wird es weitere Elemente geben, von Funkspots in regionalen Hörfunksendern bis zu einem Online-Videospot, der erneut die Kampagnenidee der fröhlichen, vom Personalmangel der Polizei berauschten Kriminellen aufgreift. Die kommunikativen Mittel punktuell einsetzen und die Kräfte konzentrieren, zeitlich und geografisch – darum geht es auch bei der Ausweitung der Kampagne auf die Länder.



Bei der Themensetzung gilt: weniger ist mehr. Natürlich kann man über eine ganze Bandbreite von Verbrechen berichten, deren Prävention, Bekämpfung und Aufklärung mehr Personaleinsatz erfordern würde. Aber in einer Kampagne muss man so konkret wie möglich kommunizieren. Je breiter und allgemeiner man das Thema fasst, desto schwerer wird es greifbar. Deswegen ist es sinnvoll, konkrete Straftaten auszuwählen und

für das allgemeine Problem sprechen zu lassen.

Wohnungseinbrüche sind konkret und sehr emotional. Es ist nicht nur der materielle Schaden von durchschnittlich 3.250 Euro pro Einbruch oder die hohe Zahl von 150.000 Einbrüchen im vergangenen Jahr – das entspricht der Einwohnerzahl einer mittelgroßen deutschen Stadt wie Heidelberg. Es sind vor allem die psychischen Folgen,

die langfristig wirken und eine enorme Belastung sind.

Informationen zu der Kampagne gibt es auf www.wir-brauchen-verstaerkung.info und bei den GdP-Landesverbänden. Wer mitmachen möchte, kann zum Beispiel über die Kampagnen-Website mit wenigen Klicks eine E-Mail mit einer klaren Botschaft an die Bundestags- und Landtagsabgeordneten des eigenen Wahlkreises schicken. **red**

Jörg Radek: „Wir werden nicht locker lassen“

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Jörg Radek erläutert in einem Interview die Ende November gestartete, neue GdP-Kampagne für mehr Personal.

DEUTSCHE POLIZEI: Die GdP hat eine Kampagne gestartet für mehr Personal bei der Polizei. Warum hat sich der Bundesvorstand dafür entschieden, mit einer Kampagne in die Offensive zu gehen?

Jörg Radek: Weil es notwendig ist. 16.000 Stellen wurden seit Ende der Neunzigerjahre gestrichen, um Haushaltslöcher zu stopfen und die schwarze Null anzusteuern. Aber die Polizei hat ja nicht weniger zu tun. Es wird auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen und der öffentlichen Sicherheit gespart. Damit muss Schluss sein, wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Polizisten und Polizisten, wir dürfen nicht weiter Personal abbauen, sondern müssen dringend aufstocken, um die Personallücke zu schließen. Die Botschaft der Kampagne lautet deshalb: Wir brauchen Verstärkung!

DP: Warum handelt die Politik nicht? Fehlt es an der Einsicht oder am politischen Willen?

Radek: Wenn man mit den Ministern oder Abgeordneten spricht, haben sie immer Verständnis. Aber Geld in die Hand nehmen, das wollen sie dann doch nicht. Es gibt dann immer Gründe, warum es gerade nicht geht. Und deshalb hat der GdP-Bundesvorstand entschieden: Es reicht! Wir müssen öffentlichen Druck mit einer Kampagne machen, damit sich was ändert.

DP: Die Kampagnenmotive zeigen Kriminelle auf frischer Tat, die sich

über den Personalmangel freuen. Für die GdP eine ungewöhnliche Kampagne.

Radek: Ja, wir wollen neue Wege beschreiten. Natürlich ist es gewagt, wenn ausgerechnet die Gewerkschaft der Polizei fröhliche Kriminelle zeigt. Aber wer Aufmerksamkeit will, der muss lauter sein als andere, muss überraschen und zuspitzen. Und das tut die Kampagne. Deshalb haben wir uns für diesen Weg entschieden.

DP: Welche Rolle spielt die Flüchtlingskrise in der Kampagne?

Radek: Das ist ein schwieriges Thema. Natürlich ist die Flüchtlingskrise eine zusätzliche Belastung für die Polizistinnen und Polizisten, das ist ja offensichtlich. Ein Beispiel: Seit Einführung der Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze sind eine halbe Million Überstunden angefallen. Die Kolleginnen und Kollegen dort sind am Limit oder schon weit darüber hinaus. Aber wir haben uns bewusst entschieden, die Flüchtlingskrise in der Kampagne nicht aufzugreifen.

DP: Warum?

Radek: Da kann schnell der Eindruck entstehen, dass wir nur mehr Polizei brauchen wegen der Flüchtlinge. Das ist aber falsch. Wir haben diese Kampagne schon geplant, als von einer Flüchtlingskrise noch keine Rede war. Den Personalmangel haben wir auch nicht erst seit ein paar Wochen oder Monaten, sondern seit Jahren und er ist politisch herbeigeführt worden. Die Flüchtlingskrise verursacht noch mehr Arbeit, weil wir Grenzen kontrollieren, Asylunterkünfte schützen, Demonstrationen begleiten und Konflikte unter den Flüchtlingen beilegen müssen. Aber



Foto: GdP/Hagen Immel

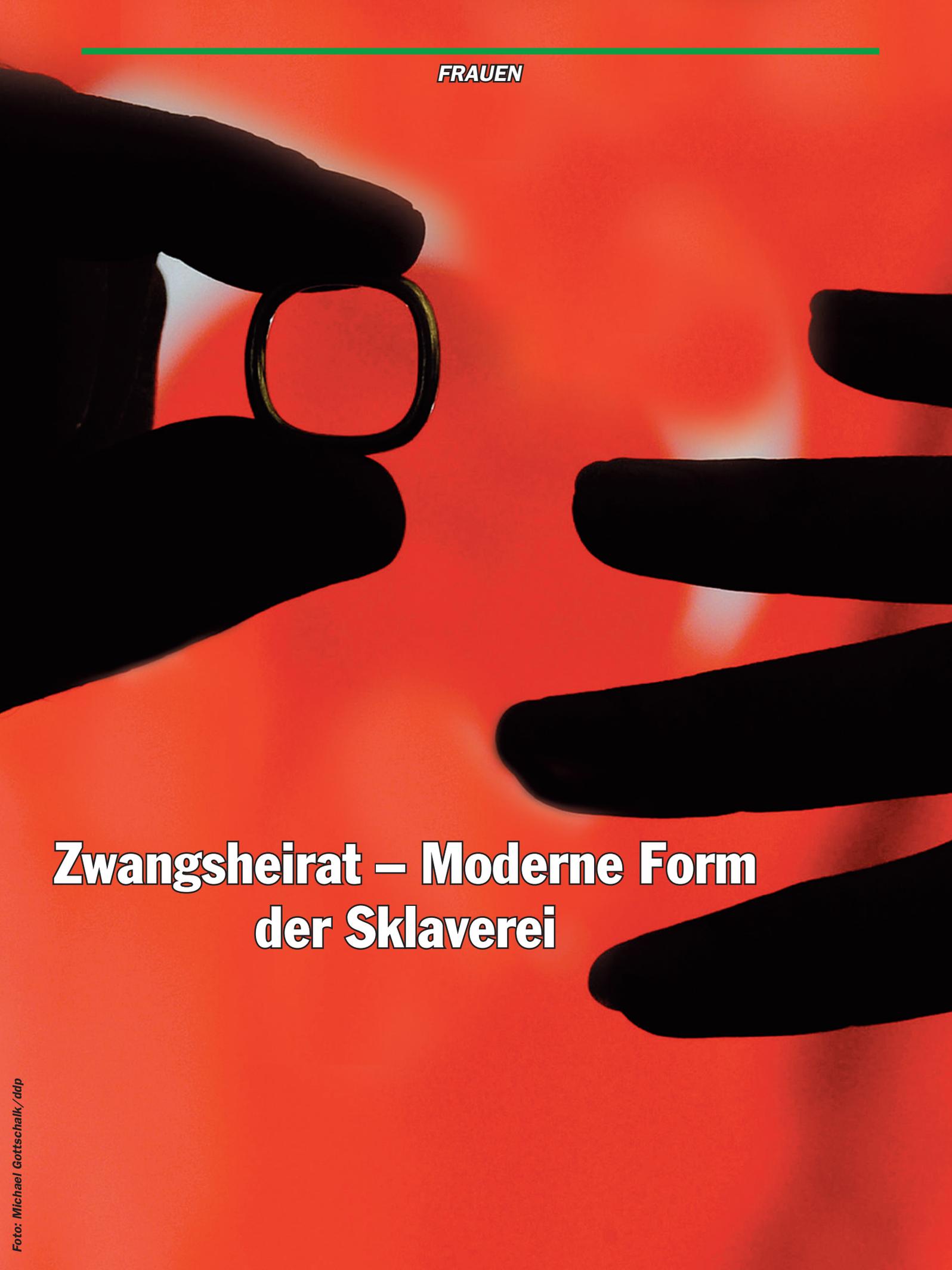
auch ohne das Thema Flüchtlinge hätten wir zu wenig Personal und würden diese Kampagne machen.

DP: Wo wird die Kampagne laufen?

Radek: Wir hatten jetzt den bundesweiten Auftakt in Berlin und werden im nächsten Jahr den Schwerpunkt auf die Bundesländer legen, weil dort über Geld und Personal bei der Polizei entschieden wird, sieht man von Bundespolizei und Bundeskriminalamt ab. Der Anfang ist gemacht und wir haben noch eine lange Wegstrecke vor uns. Aber die Kolleginnen und Kollegen sind hoch motiviert. Wir haben einen langen Atem und wir werden nicht locker lassen, bis die Personalstärke bei der Polizei auch den vielen Aufgaben entspricht, die wir zu erledigen haben. Die Polizistinnen und Polizisten machen ihre Arbeit gerne und gewissenhaft, aber wir brauchen mehr Leute, um den Job zu erledigen. Und darum appelliere ich auch an die Kolleginnen und Kollegen: Macht mit bei dieser Kampagne, motiviert Eure Familien und Freunde, macht Druck auf Eure Abgeordneten, damit sich etwas ändert.



FRAUEN

A high-contrast, black and white photograph set against a vibrant red background. On the left, a hand is shown in silhouette, holding a simple, dark ring between its thumb and index finger. On the right, another hand is also in silhouette, with its fingers extended towards the ring. The lighting is dramatic, highlighting the contours of the hands and the ring against the bright red backdrop.

Zwangsheirat – Moderne Form der Sklaverei

Von Thomas Gesterkamp

Mehrere tausend Mädchen sind in Deutschland Jahr für Jahr von Zwangsheirat bedroht. Viele Betroffene haben Angst, sich zu wehren. Sie suchen keine Beratungsstellen auf und erstatten erst recht keine Anzeige – weil sie die eigene Familie fürchten. Polizei und andere Behörden sind auf die im Detail oft komplizierten Einzelfälle nicht immer gut vorbereitet.

Wenn im Sommer die „großen Ferien“ vor der Tür stehen, freuen sich die meisten Schülerinnen und Schüler auf den bevorstehenden Urlaub. Für manche Mädchen aus Migrantenfamilien aber hat die Floskel von der „schönsten Zeit des Jahres“ einen bitteren Beigeschmack. Denn eine längere Reise in das Herkunftsland der Eltern steht an. Dort, so haben sie in den vergangenen Monaten zumindest in Andeutungen erfahren, sollen sie gegen ihren Willen verheiratet werden – mit einem entfernten Verwandten, einem Freund der Familie oder schlicht mit einem Mann, der nach Ansicht der Angehörigen sozial und finanziell etwas bieten kann. Oft haben die Betroffenen, von denen viele minderjährig sind, ihren künftigen Lebenspartner noch nie gesehen. Ein paar Wochen später, zu Beginn des neuen Schuljahres, bleiben dann in Berlin, Stuttgart oder Köln einige Bänke leer: Die Mädchen sind aus ihrem „Heimatsurlaub“ nicht wieder zurückgekehrt, sondern wohnen jetzt bei ihrem „Ehemann“.

Wie viele in Deutschland aufgewachsene junge Frauen pro Jahr zwangsverheiratet werden oder davon bedroht sind, darüber kursieren nur vage Schätzungen. Eine Untersuchung im Auftrag des Bundesfamilienministeriums, die bisher einzige Studie zu dem Thema, nennt für 2008 eine Zahl von gut 3.400 Fällen. Allerdings berücksichtigte die damalige Statistik nur jene Mädchen, die sich an eine Beratungseinrichtung gewandt hatten, als sie von den Verheiratungsplänen ihrer Verwandtschaft hörten. Weil zu einem solchen Schritt viel emotionale Stärke gehört, die nur eine Minderheit aufbringt, muss von einer erheblich höheren Dunkelziffer ausgegangen werden.

Lücken im Gesetz

Zwangsverheiratung ist eine Menschenrechtsverletzung, ein Vergehen am Anspruch auf freie Entfaltung der

Persönlichkeit und auf sexuelle Selbstbestimmung. Trotzdem wurde sie in Deutschland lange nicht verfolgt, nur extreme Folgen wie Vergewaltigung waren ein strafbares Delikt. Seit 2005 gilt das Erzwingen einer Ehe als besonders schwere Form der Nötigung. Es gab deswegen nie eine Verurteilung, die Verfahren wurden aus Mangel an Beweisen eingestellt. Erst seit 2011 wird das Delikt definitiv bestraft, bis zu fünf Jahre Haft können verhängt werden. Dieser neue Paragraf 237 des Gesetzbuches beschränkt sich aber auf standesamtliche Ehen.

Viele erzwungene Verbindungen werden nicht zivilrechtlich, sondern ausschließlich in muslimischen Zeremonien, in der Regel von einem Imam, geschlossen. „Diese Mädchen fühlen sich trotzdem ganz normal verheiratet“, sagt Sybille Schreiber von Terre des Femmes. Die Menschenrechtsaktivistin verlangt daher, auch die durch ein religiöses Ritual zustande gekommenen Zwangsehen durch das Strafrecht zu sanktionieren.

Was können staatliche Institutionen tun, um eine erzwungene Heirat schon im Vorfeld zu verhindern? Zunächst müssen Polizei, Beratungsstellen oder Jugendämter von einer geplanten Zwangsehe überhaupt erfahren, Betroffene sich bei einer öffentlichen Stelle melden. „Sobald unsere Besucherinnen das Wort Polizei hören, haben sie gleich Befürchtungen, dass die Familie wegen ihnen Ärger kriegt“, sagt eine Beraterin des „Krisentelefon gegen Zwangsheirat“ in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover. Weil sie in einem hochsensiblen Arbeitsfeld agiert und als Unterstützerin der Hilfesuchenden selbst Bedrohungen fürchtet, will sie namentlich nicht genannt werden. Im Folgenden heißt sie deshalb Hülya Asmail.

Gelungene Kooperation

Über 150 Hilfesuchende nutzten im vergangenen Jahr die kostenlose Hotline des Krisentelefon. „Wenn ein

Anruf oder ein Fax bei der Polizei eingeht, werden wir sofort kontaktiert“, berichtet Asmail. Die Zusammenarbeit zwischen der Beratungs- und Interventionsstelle und den Sicherheitsbehörden funktioniere in Hannover hervorragend. Das sei auch in manchen anderen Großstädten der Fall, erheblich schwieriger sei die Situation im ländlichen Raum: „Dort gibt es kaum Angebote.“ Asmail und ihre Kolleginnen versuchen dennoch, die Betroffenen möglichst wohnortnah weiterzuleiten.

Der Beraterin fällt auf, dass „viele Fachkräfte aus Ämtern oder Schulen Berührungsängste haben“. Sie seien „unsicher bei diesem heiklen Thema“. Lehrer oder Betreuerinnen bekommen zwar mit, dass sich die betroffenen Mädchen in einer Notsituation befinden. Sie stel-

Was heißt Zwangsheirat?

Eine Zwangsverheiratung liegt vor, wenn zumindest einer der Partner (meistens die Frau) die Eheschließung nicht freiwillig eingegangen ist. Die Verbindung kann zivilrechtlich auf Standesämtern, aber auch in religiösen Zeremonien geschlossen worden sein. Der psychische Druck, sich auf eine Zwangsheirat einzulassen, geht häufig von den eigenen Verwandten aus.

Die Vereinten Nationen verurteilen erzwungene Ehen als „moderne Form der Sklaverei“. Offiziell werden diese von allen großen monotheistischen Religionsgemeinschaften abgelehnt. Statistisch kommen sie am häufigsten in muslimischen Familien vor, sind aber nicht auf den islamischen Kulturkreis beschränkt.

Den gemeinsamen Hintergrund bilden stets patriarchale Gesellschaftsstrukturen, ein archaisches Verständnis von Familienehre sowie die fehlende Rechte von Frauen und Mädchen. Sie gelten als Eigentum des Mannes, dürfen nicht eigenständig über sich und ihren Körper entscheiden. Rund ein Drittel der Betroffenen sind noch minderjährig, weitere vierzig Prozent zwischen 18 und 21 Jahre alt.





Foto: Oscar Poss/dpa

terzubringen, um sie vor der Rache von Vater, Onkel oder Bruder zu schützen.

Auch Jungen bedroht

Jede Geschichte ist anders, die konkrete Situation oft kompliziert und der Informationsstand der Helfenden manchmal unzureichend. So haben „arrangierte Ehen“ auch in vielen Kulturen des Westens eine lange Tradition – zum Beispiel, um die Kontakte von Adels- oder Unternehmerfamilien enger und verbindlicher miteinander zu

len aber zugleich irritiert fest, dass die bedrohten Frauen trotz der Zwangslage wenig Interesse daran haben, die eigene Familie anzuzeigen – erst dann können die Strafverfolgungsbehörden ermitteln.

Erzwungene Ehen werden in der Regel „nicht in einem harmonischen Umfeld“ geschlossen, betont Hülya Asmail. Nach ihren Erfahrungen beim niedersächsischen Krisentelefon gibt es oft häufig schon in der Herkunftsfamilie der Hilfesuchenden Gewalterlebnisse, besonders im Zusammenhang mit Sexualität. „Wir betrachten das Thema Zwangsheirat als eine besondere Form der häuslichen Gewalt“, erläutert Asmail das Selbstverständnis ihres Teams. Sie lobt die gute Kooperation mit der Polizei im Großraum Hannover. Dazu gehören neben der alltäglichen Zusammenarbeit auch gemeinsame Fortbildungen – was in anderen Regionen Deutschlands nicht unbedingt selbstverständlich ist.

Was passiert mit den jungen Frauen, die die Kraft haben, sich rechtzeitig bei Behörden oder Beratungsstellen zu melden? Wenn sie die Zwangsheirat durch diesen Protestakt bewusst verweigern, riskieren sie in der Regel, „ihr gesamtes gewohntes Umfeld zu verlieren“, weiß Asmail. Es gebe Mädchen, die aus Angst vor ihrer eigenen Familie in andere Städte umziehen oder „gleich ins Ausland“. Andererseits bestehe entgegen gängiger Klischees „nicht immer gleich Ehrenmord-Gefahr“. Es gebe auch Fälle, wo „sich das in den Familien wieder halbwegs einrenkt“, wo die Betroffenen zu den Verwandten zurückkehren oder zumindest weiter in unmittelbarer Nachbarschaft ihrer Angehörigen wohnen. Umgekehrt sei es manchmal jedoch unbedingt geboten, die Mädchen in einem Frauenhaus un-

Statement von Bianca Biber, Bundesgeschäftsführerin des WEISSEN RINGS, zum Thema Zwangshe

Zwangsheiraten sind eine schwere Verletzung der Menschenrechte. Dies hat die Politik bereits erkannt. Opfer von Zwangsheiraten leiden unter oft lebenslanger Unterdrückung. Sie erfahren sexuelle Nötigung, Bedrohung oder auch Vergewaltigung. Aufgabe des WEISSEN RINGS ist es, sich schnell, unkompliziert und kostenfrei um die Opfer von Zwangsheiraten zu kümmern. Wir suchen in unserem Netzwerk nach spezialisierten Diensten und in engem Austausch mit den Betroffenen nach

unter anderem Trost und Beistand, Begleitung bei Behördengängen, Vermittlung an weiterhelfende Organisationen oder nach Prüfung die Gewährung materieller Hilfen, um Tatfolgen zu überbrücken.

Im kombinierten siebten und achten Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau hat die Bundesregierung im Juni dieses Jahres unter anderem über das

Thema Zwangsheiraten berichtet. So wurden Handlungskonzepte mehrerer Bundesländer vorgestellt.

Darunter zählen die Förderung eines Krisentelefon oder von Kriseninterventionsstellen, Vorschläge zu Rechtsänderungen im Sinne des Opferschutzes sowie Sensibilisierungs- und Aufklärungskampagnen. Das alles ist gut und ein Schritt in die richtige Richtung. Nun kommt es aber darauf an, dass Politik und Justiz das Thema nicht aus den Augen verlieren. Das Problem muss öffentlich



Bianca Biber

Foto: WEISSER RING

Lösungen. Diese sind immer auf die persönlichen Probleme im Einzelfall abgestimmt. Das Hilfespektrum des WEISSEN RINGS ist breit und beinhaltet

präsent bleiben. Nur dann kann auch weiterhin im Sinne der Opfer gehandelt werden. Der WEISSE RING wird hierauf achten.





COP®

COP® SHOP BERLIN
 Grunerstraße 5+7
 10178 Berlin
 Tel. +49-(0)30-69582727
 Mail: berlin@cop-gmbh.de

Öffnungszeiten:
 Montag bis Freitag:
 10:00 bis 19:00 Uhr
 Sa.: 10:00 bis 16:00 Uhr

COP® SHOP FRANKFURT
 Schloßstraße 83
 DE-60486 Frankfurt am Main
 Tel. +49-(0)69-71918125
 Mail: frankfurt@cop-gmbh.de

Öffnungszeiten:
 Montag bis Freitag:
 10:00 bis 18:00 Uhr
 Sa.: 10:00 bis 16:00 Uhr

COP® SHOP LEIPZIG
 Berliner Straße 16
 04105 Leipzig
 Tel. +49-(0)341-9129219
 Mail: leipzig@cop-gmbh.de

Öffnungszeiten:
 Montag bis Freitag:
 09:00 bis 13:00 Uhr und
 14:00 bis 18:00 Uhr

COP® SHOP MÜNCHEN
 Rosenheimer Straße 98
 81667 München
 Tel. +49-(0)89-59918646
 Mail: muenchen@cop-gmbh.de

Öffnungszeiten:
 Montag bis Freitag:
 10:00 bis 19:00 Uhr
 Sa.: 10:00 bis 16:00 Uhr

COP® SHOP AUSTRIA
 Erdbergstr. 23
 AT-1030 Wien - Österreich
 Tel. +43-(0)1-7101-801
 Mail: austria@cop-gmbh.at

Öffnungszeiten:
 Montag bis Donnerstag:
 08:30 bis 17:00 Uhr
 Freitag: 08:30 bis 15:00 Uhr

COP® Specials November / Dezember 2015

**Gültig vom 20. Oktober bis 31. Dezember 2015

1 Polizei-Glip-board POSSE 37S
 Art.-Nr. CB-37S
 Größe: 35 x 23 x 4 cm (L x B x H)
 Farbe: silbergrau
 Aus eloxierten Aluminium gefertigt. Oberfläche mattiert. Seitlich ist ein robuster Schnappverschluss angebracht. Am Deckel ist ein starker Metallclip angebracht um Dokumente und sonstiges sicher festzuklemmen. Innen sind 2 getrennte Fächer.



Aktionspreis!
 € 39,90
 statt 59,99

75 Lumen

1 Taschenleuchte QuiLite X LED Akku/USB inkl. Diffusoraufsatz XFLARE
 Art.-Nr. QL-XRW2
 Länge: 8 cm; Breite: 2,3 cm
 Gewicht: 42 g. Wieder aufladbare Taschenleuchte inkl. abnehmbarem Diffusoraufsatz XFLARE.



Aktionspreis!
 € 49,90
 statt 69,99

15 Kugelschreiber COP® SPEN Mk. III
 Art.-Nr. C-SPEN3-S
 Farbe: schwarz
 Minenfarbe: schwarz
 Strichstärke: mittel (0,5 mm)
 Material: Aluminium; Länge: 16 cm
 Taktischer Kugelschreiber mit abschraubbaren Handfesselschlüssel.



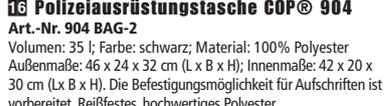
Aktionspreis!
 € 19,90
 statt 29,99

1 COP® Taschenlampe 8509 LED UV/Schwarzlicht
 Art.-Nr. 18509UV
 Länge: 9,5 cm
 Durchmesser: 2 cm
 Leistung: 40MW
 Geeignet für das Prüfen der Sicherheitsmerkmale von Ausweisen, TÜV- und Zulassungs-Plaketten mit UV-Sicherung. Kleine, extrem leistungsstarke UV LED-Taschenlampe mit arretierbarem Heckschalter und Handleine.



Aktionspreis!
 € 49,90
 statt 69,99

16 Polizeiausrüstungstasche COP® 904
 Art.-Nr. 904 BAG-2
 Volumen: 35 l; Farbe: schwarz; Material: 100% Polyester
 Außenmaße: 46 x 24 x 32 cm (L x B x H); Innenmaße: 42 x 20 x 30 cm (L x B x H). Die Befestigungsmöglichkeit für Aufschriften ist vorbereitet. Reißfestes, hochwertiges Polyester.



Lieferung ohne DeKo

Aktionspreis!
 € 49,90
 statt 69,99

17 Polizeiausrüstungstasche COP® 904 inkl. kl. Aufschrift POLIZEI
 Art.-Nr. 904 BAG-2P2
 Paket zum Sonderpreis bestehend aus 1 Stk. Polizeiausrüstungstasche COP®904 und 1 Stk. Nicht-Reflex Folie POLIZEI, klein (910-K).



Aktionspreis!
 € 49,90
 statt 69,99

kann nur von Behörden / Einrichtungen / Personen mit entsprechender Legitimierung erworben werden!

Für Gesamtübersicht der aktuellen Angebote den QR Code einlesen!



17 Under Armour® Einsatzhandschuh Engage Infrared Glove
 Art.-Nr. UA12494055-Größe
 Farbe: schwarz; Größen: S - XL
 Material: 87% Polyester, 13% Elasthan
 Dünn, komfortabler, elastischer und eng anliegender Einsatzhandschuh mit elastischen Strick-Bund, der auch als Unterziehhandschuh für die kalte Jahreszeit geeignet ist.



Aktionspreis!
 € 19,90
 statt 29,99

35 Liter

18 Einsatztasche COP® 912 Range Bag
 Art.-Nr. 912S BAG
 Haupttasche: 60 x 40 x 25 cm
 Herausnehmbare Innentasche: 42 x 15 x 22 cm
 Farbe: schwarz
 Material: 100% Polyester
 Große Range Bag aus hochwertigem, reißfestem Nylon für den Einsatz oder für Profi- und Hobbyschützen. Ein Seitenfach mit getrennten Innenfächern für 8 Magazine.



Aktionspreis!
 € 89,90
 statt 119,99

3 Taschen in einer!

19 BREAK FREE® Synthetisches Waffenöl CLP Precision Shooter
 Art.-Nr. 4-CLP-PS
 Maße: 13,3 cm Höhe, 1,3 cm Durchmesser
 Flasche mit einer stumpfen Hohlnadelspitze. Ideal um Öl an schwer zugänglichen Stellen anzubringen oder wenn eine geringe Dosierung des Öls erforderlich ist.



Aktionspreis!
 € 3,90
 statt 5,99

Grundabgabepreis pro 100ml: VP*: 79,87 €; SVKP*: 66,53 €
 Aktionspreis: 52,00 €

7,5 ml

Reiniger
 Schmiermittel
 Schutzmittel

18 COP® Taschenlampe 8507 LED Stroboskop
 Art.-Nr. 18507
 Mit Stroboskop- & Dimmerfunktion
 Länge: 14 cm
 Gewicht mit Batterien: 220 g
 Cree® XP-G LED Leuchtmittel
 Leistung: 300 Lumen max.
 60 Lumen gedimmt
 Leuchtweite: bis zu 100 m
 Inkl. 4 Mikro-Batterien (AAA)



Aktionspreis!
 € 19,90
 statt 34,99

18 Taschenlampe COP® 8507 LED Stroboskop
 Art.-Nr. 18507
 Mit Stroboskop- & Dimmerfunktion
 Länge: 14 cm
 Gewicht mit Batterien: 220 g
 Cree® XP-G LED Leuchtmittel
 Leistung: 300 Lumen max.
 60 Lumen gedimmt
 Leuchtweite: bis zu 100 m
 Inkl. 4 Mikro-Batterien (AAA)



Aktionspreis!
 € 29,90
 statt 59,99

12 traser® H3 Armbanduhr P6508 Dark Code Blue
 Art.-Nr. 560P6508
 Farbe: schwarz
 Durchmesser: 43 mm
 Stärke: 10 mm
 Gewicht: 39 g mit Armband
 Ausgestattet mit selbstleuchtenden triglight®-Einlagen. Uhrengehäuse aus Kohlefaser. Mineralglas
 Wasserdichtigkeit 3 bar
 Rubberband. Datumsanzeige.



Aktionspreis!
 € 199,90
 statt 289,99

selbstleuchtend

1 Einsatzstiefel adidas® GS69.2
 Art.-Nr. 85807295-Größe UK
 Farbe: schwarz
 Größen: (EU 36 - 50), UK 3,5 - 14
 Verfügbar in 1/2 Größen
 Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 724 g



Aktionspreis!
 € 139,90
 statt 184,99

Zertifiziert als Berufsschuh gem. EN347/02

2 Einsatzhandschuh COP® CR214 TS
 Art.-Nr. 320214TS-Größe
 Größen: XS - 3XL, Farbe: schwarz
 Handinnenseite aus weichem, strapazierfähigem Ziegenleder. Schnittschuttfutter aus Kevlar® im Bereich der Hand- und Fingerinnenseiten. Prüfung nach EN388 am 14.01.2009 durch Institute für Testing and Certification, Tschechische Republik.



Aktionspreis!
 € 29,90
 statt 49,99

EN 388
 2 2 3 2

Abriebfestigkeit: Kategorie 2
 Schnittfestigkeit: Kategorie 2
 Weiterreißfestigkeit: Kategorie 3
 Durchstichfestigkeit: Kategorie 2

Touchscreen-Funktion in der Spitze des Daumens und Zeigefinger.

3 Under Armour® Regiment Rucksack
 Art.-Nr. UA12618285
 Material: Polyester; Farbe: schwarz
 Volumen: 29,5 Liter
 Robuster Rucksack mit gesticktem UA-Logo an der Vorderseite und UA-Schriftzug an der linken Seite. Wasserabweisende Storm®-Imprägnierung des Außenmaterials.



Aktionspreis!
 € 69,90
 statt 89,99

4 Under Armour® Tactical Kapuzenpullover BFL ColdGear®
 Art.-Nr. UA12130025-Größe
 Farbe: schwarz; Größen: M - 3XL
 Material: 100% Polyester
 Langärmeliger, hochfunktioneller Pullover mit Kapuze. ColdGear® Technologie, hält den Körper in kalten Tagen warm und trocken. Innenfutter aus weichem Fleece.



Aktionspreis!
 € 49,90
 statt 69,99

LOOSE

5 Tactical Langarm Crew T-Shirt Under Armour® ColdGear®
 Art.-Nr. UA12443940-Größe (olivgrün)
 Art.-Nr. UA12443945-Größe (schwarz)
 Art.-Nr. UA12443948-Größe (beige)
 Art.-Nr. UA1244394N-Größe (navy)
 Farben: schwarz, olivgrün, beige, navy
 Größen schwarz: S - 3XL, beige, oliv, navy: S - 2XL
 Material: 87% Polyester, 13% Elasthan
 Langarmshirt mit ColdGear® Technologie.



Aktionspreis!
 € 39,90
 statt 64,99

FITTED

6 Under Armour® Tactical Beanie-Mütze
 Art.-Nr. UA1219736-0 (olivgrün)
 Art.-Nr. UA1219736-N (navy)
 Art.-Nr. UA1219736-S (schwarz)
 Farben: schwarz, navy und olivgrün
 Größen: Einheitsgröße
 Material: 100% Polyester
 Isolierte, leichte Micro Fleece-Mütze. ColdGear® Innenfutter leitet Feuchtigkeit vom Körper.



Aktionspreis!
 € 15,90
 statt 26,99

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- und Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf www.cop-shop.de

Follow us at:
www.facebook.com/copgmbh
www.youtube.com/user/copgmbh



Versand in Österreich über den Shop in Wien www.cop-shop.at



* Frühere unveränderte Preisempfehlung des Herstellers | ** Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Oktober bis 31. Dezember 2015 | *** ehemaliger Verkaufspreis

Umstrittenes Video

„Elfjährige klagt im Jemen gegen Zwangsheirat“, so oder ähnlich lauteten im Juli 2013 die Schlagzeilen vor allem der Boulevardpresse. Millionen Mal war in den Tagen zuvor der Videoclip von Nada al Ahdal angeklickt worden. Auf Youtube schilderte das jemenitische Mädchen, wie sie gegen ihren Willen mit einem wohlhabenden Landsmann verheiratet werden sollte. Sie sei daraufhin von ihren Eltern wegelaufen und habe bei ihrem Onkel Zuflucht gefunden, einem Fernseh-techniker in der Hauptstadt Sanaa. Der nahm einen dreiminütigen Film mit ihr auf und speiste diesen in die sozialen Netzwerke ein.

Nadas Geschichte sorgte international für großes Aufsehen, ihren (vollständigen) Wahrheitsgehalt aber bezweifeln Experten. Die arabische Originalfassung hatte das „Middle East Media Research Institute“ (Memri) mit Untertiteln versehen und ins Netz gestellt. Diese Einrichtung mit Sitz am US-Regierungssitz in Washington übersetzt Berichte aus arabischen Ländern ins Englische.

Der Kerninhalt des Online-Videos könnte durchaus stimmen, miss- traulich aber macht die Zusam- mensetzung der Verbreiter. Memri ist eine politische Organisation, die von bekannten antiislamischen Neokonservativen getragen wird. Im Beirat sitzen zum Beispiel der Diplomat Paul Bremer, der nach der Besetzung des Irak dort die Zivilverwaltung leitete, sowie John Bolton, der ehemalige Botschaf- ter von Präsident George W. Bush bei den Vereinten Nationen. Auch frühere Geheimdienstchefs aus den USA und Israel sind bei Memri mit von der Partie.

Für problematisch halten Medien- kritiker die Auswahl der Informatio- nen, die das Institut veröffentlicht. Bearbeitet und übersetzt werden in erster Linie extreme Stimmen und Fälle aus der muslimischen Welt. Der (in der Tat skandalöse) Missbrauch von Kindern diene als propagandistisches Vehikel, um die kulturelle Rückständigkeit bestimmter Staaten zu belegen. Der Journalist Jeremy Scahill, der zu den amerikanischen Aktivitäten im Jemen recherchiert und dazu ein Buch veröffentlicht hat, spricht in diesem Zusammenhang von „dirty wars“, also schmutziger Kriegsführung.

FRAUEN

verknüpfen. Solche Verbindungen sind nicht automatisch das Ergebnis einer Zwangsheirat, sie können durchaus

Jugendamt im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die Behörde entzog den Eltern daraufhin sofort das Sorgerecht,



Foto: Wolfram Steinberg/dpa

auch auf freiwilligen Entscheidungen beruhen.

Ohnehin ist es falsch, das Phä- nomen auf den muslimischen Kulturkreis zu beschränken. Auch den Balkan sowie Staaten in Asien, Afrika oder Südamerika nennen Behör- den und Einrichtungen gelegentlich als Herkunftsländer der Betroffenen. In der Studie des Familienministeriums von 2008 hatten immerhin 44 Prozent der Ratsuchenden einen türkischen Migra- tionshintergrund. 83 Prozent nannten den Islam als Religion ihrer Familie, zehn Prozent waren Jesiden, drei Pro- zent Christen und ein Prozent Hindus.

Ein weiteres Vorurteil lautet, dass nur Mädchen betroffen seien. Aber auch Jungen und junge Männer suchen Schutz vor Zwangsverheiratungen – vor allem, wenn sie ihre gleichgeschlecht- liche Orientierung gegenüber den Angehörigen offenbart haben. Homose- xualität gilt im Glauben muslimischer Fundamentalisten als Todsünde.

Ein heute volljähriger Schwuler aus Berlin wurde deshalb in der Pubertät von seinem Vater schwer misshan- delt. Verwandte drohten damit, ihn in den Libanon zu schicken und dort per Zwangsehe zu „therapieren“; sie unter- nahmen gar einen Entführungsversuch. Der Junge wandte sich damals an das

das Opfer wohnt inzwischen in einer betreuten Einrichtung.

Eine Unterkunft zu finden war nicht einfach, denn in den auf familiäre Ge- walt spezialisierten Häusern finden meist ausschließlich Frauen und Mäd- chen Zuflucht. „Und sie sind alle über- füllt“, weiß die Beraterin Birim Bayam, die im Berliner Arbeitskreis Zwangs- heirat mitwirkt. Eine Befragung der Gruppe in Ämtern und Beratungsein- richtungen kam 2013 zu dem Ergebnis, dass 94 Prozent der Hilfesuchenden weiblichen Geschlechts waren. Immer- hin 29 der 460 Opfer waren Jungen oder junge Männer – absolut betrachtet eine geringe Zahl, die aber seit der letzten Umfrage in 2007 drastisch gestiegen ist.

Defizite der Forschung

In vielen Städten und Gemeinden fehlen verlässliche Daten. Schutzver- bände wie Terre des Femmes halten die bisherige wissenschaftliche Behandlung des Themas für völlig unzureichend. Schon 2014 forderte die Organisation die Bundesregierung auf, endlich eine umfassende Studie über Zwangsver- heiratungen vorzulegen. Darin müssten sowohl die Zahl solcher Fälle präzisiert als auch die Möglichkeiten zur Präven- tion umfassend beschrieben werden.



Die bisher einzige Untersuchung in Deutschland, die das Familienministerium 2011 vorlegte, hatte gravierende Mängel. Die zu Grunde liegenden Zahlen waren zum Zeitpunkt der Veröffentlichung bereits veraltet. In dem erfassten Jahr 2008 hatten 3.443 Personen wegen einer angedrohten (60 Prozent) oder bereits vollzogenen (40 Prozent) Zwangsheirat um Hilfe nachgesucht. Wer sich nicht an eine Beratungsstelle gewandt hatte, wurde in der Studie gar nicht erst erfasst.

Terre de Femmes verlangt außerdem, dass die Einwohnermeldeämter unbefristete Auskunftsperren verhängen können. In Gefahrensituationen müssten bedrohte Frauen die Gewissheit haben, dass ihre Herkunftsfamilien sie an einem neuen Wohnort nicht ausfindig machen könnten. Bisher gilt diese Klausel in den meisten Kommunen für maximal zwei Jahre. Die Betroffenen seien jedoch erheblich länger von Gewalttaten bedroht, bestätigen auch

andere Opferschutzorganisationen wie der WEISSE RING.

Checkliste für Notfälle

Die Zusammenarbeit zwischen den Behörden in Sachen Zwangsheirat läuft nicht überall rund. Das mussten zum Beispiel zwei Kriminalhauptkommissarinnen der Kreispolizei im bergischen Leichlingen erleben. Gundi Hebborn und Susanne Krämer, dort im Opferschutz tätig, kämpften ein halbes Jahr lang darum, einer wegen Zwangsheirat geflohenen Frau ein neues Leben zu ermöglichen.

In der polizeiinternen Mitarbeiter-Zeitschrift „Pin“ schildern die Beamtinnen ihren mühsamen Umgang mit der Bürokratie. „In der Hoffnung, dass andere Behörden und Dienststellen in diesem Bereich schon auf einen größeren Erfahrungsschatz zurückblicken können“, machten sie sich „auf die Suche nach Leitfäden, Arbeitsanweisungen“, doch sie „fanden nichts“. Es

gab Widerstände dagegen, das Opfer mit einem anderen Namen, einer neuen Identität auszustatten. Am Ende erreichten die Polizistinnen, dass sich die Entscheidungsträger verschiedener Behörden zusammensetzten und einigten. So konnte der Frau, die sich von ihrer Familie massiv bedroht fühlte, doch noch geholfen werden.

Als Konsequenz aus ihren Erfahrungen fordert Hebborn eine Checkliste für alle Behörden, die mit dem Thema Zwangsheirat zu tun haben. Darauf sollten zum Beispiel die wichtigsten regionalen Ansprechpartner aufgelistet sein, um die arbeitsintensive Suche nach kompetenten Helfern zu erleichtern. Die Kriminalkommissarin begrüßt ein neues Regelwerk zum „operativen Opferschutz“, das gerade vom Land Nordrhein-Westfalen vorbereitet wird. Denn „bis der nächste Notfall hier aufläuft“, warnt sie in der Lokalzeitung „Rheinische Post“, sei „nur eine Frage der Zeit“.

Anzeige

IWA
OUTDOOR CLASSICS 2016

High performance in target sports,
nature activities, protecting people

4.-7.3.2016
Nürnberg, Germany

www.iwa.info

ENFORCE TAC
International Exhibition & Conference
Law Enforcement, Security and Tactical Solutions
enforcetac.com

NÜRNBERG MESSE

Personen unter 18 Jahren sowie Privatpersonen haben keinen Zutritt. Legitimation erforderlich.



Kulturell legitimierte Gewalt gegen Frauen

Opfer im Spannungsfeld zwischen Populismus und einer Politik des Wegsehens

Von Dr. Dorothee Dienstbühl

Seit 1981 findet alljährlich am 25. November der Internationale Gedenktag „NEIN zu Gewalt an Frauen!“ statt. Im Deutschland des 21. Jahrhunderts ist das Thema in der öffentlichen Wahrnehmung eher eine Randerscheinung. Lediglich einzelne Fälle finden temporär mediale Aufmerksamkeit, wenn sie besonders spektakulär erscheinen. Dazu gehören zweifellos Taten, die als sogenannte Ehrenmorde bezeichnet werden. Gerade in diesem Jahr erregten solche Fälle besondere Aufmerksamkeit. Allerdings geraten begleitende Diskussionen stets zur Polarisierung zwischen den Stigmata des polemisch ausgeschlachteten Einzelfalls einerseits und dem typischen Symptom der Zuwanderungsgesellschaft allgemein andererseits. In der jetzigen Flüchtlingskrise wird patriarchalisch legitimatedes Gewaltverhalten gegen Frauen ebenso unter diesen Prämissen thematisiert. Dabei geraten Vorfälle, wie sexuelle Übergriffe in den Erstaufnahmelagern zum Politikum, in dem das Leid der Opfer völlig vernachlässigt wird.

Ehre als Machtfundament

Begriffe wie „Ehrenmord“ und „ehrmotivierte Gewalt“ sind hierzulande heftig umstritten. Das Verständnis von Ehre steht einer Straftat wie Mord regelrecht diametral gegenüber. Dabei handelt es sich um einen kulturell geprägten Begriff, dessen Verständnis entsprechend unterschiedlich gewertet werden kann. In der deutschen Sprache bezeichnet Ehre eine charakterliche Eigenschaft, die einem Menschen durch eigenes Verhalten und Benehmen gegenüber seinen Mitmenschen zugeschrieben wird. Man kann sich Ehre entweder verdienen oder sie jemandem erweisen. Ein bestimmtes Verhalten, eine persönliche Haltung, vor allem aber Taten werden, wenn sie als positiv empfunden werden, als respektabel erachtet. Somit hängen Ehre und Respekt von der eigenen Leistung, der Geisteshaltung und dem Benehmen gegenüber den Mitmenschen ab. Verhält man sich selbst unehrenhaft, nachlässig oder unhöflich gegenüber seinen Mitmenschen, gilt dies eher als schlechtes Benehmen oder wird als nicht angemessene Behandlung des Gegenübers gewertet.

In Hinblick auf muslimisch geprägte

Kulturen anhand türkischer und arabischer Tradition muss der Ehrbegriff aus einer anderen Perspektive untersucht werden. In der islamischen Kultur wird die persönliche Ehre, die Namus, nicht erst durch Verhalten verdient, sondern sie ist von Geburt an gegeben und muss verteidigt werden. Wer seine Ehre verliert, wird zum Ehrlosen oder zu einer Ehrlosen – dem schlimmsten vorstellbaren Makel, mit dem ein Mensch behaftet sein kann. In der orientalischen Kultur ist die Verteidigung der angeborenen Ehre innerhalb tradierten Familien immanent wichtig und bestimmt die Erziehung. Gerade Männern wird die Verteidigung der Ehre zur Aufgabe von Geburt an anvertraut. Verliert beispielsweise ein türkischer Mann durch eigenes Verhalten oder aber durch das Verhalten eines Anderen seine Ehre, wird er zum Mann ohne Ehre. Und das kann Ausschluss und Ächtung von Familien, Gemeinden oder Dörfern bedeuten und im extremsten Fall den Tod. Ehrlosigkeit kann, selbst wenn nicht persönlich, sondern von einem Angehörigen oder einem Verwandten begangen, eine komplette Familie in die Ehrlosigkeit stürzen. Dies begründet in muslimisch oder jesidisch geprägten, traditionell-konservativen und vor allem patriarchalisch struk-

turierten Familien, die Gewalt gegen ihre Initiatoren – mitunter auch deren Tötung.

Dieses Ehrverständnis regelt sämtliche Beziehungen, sowohl innerhalb der Familie, als auch in der Gesellschaft, ist jedoch in seiner Bedeutung für Mann und Frau unterschiedlich auszulegen. Die Ehre der Frau besteht erstrangig darin, die Jungfräulichkeit bis zur Ehe zu wahren und als Ehefrau treu, tugendhaft und pflichtbewusst zu sein. Damit steht die Ehrhaftigkeit als wichtiges Attribut weit vor der eigenen Persönlichkeit, Interessen oder Begabungen und ist somit zentral für die gesellschaftliche Anerkennung. Um die Ehre zu beschützen, bedarf es nur Gerüchten, die ihre Ehrbarkeit in Zweifel ziehen. Daher haben gerade Frauen die Pflicht, sämtliche Gefahren von Ehrverletzungen zu vermeiden. Ansonsten droht die Unterstellung, sie habe wissentlich zur Ehrverletzung beigetragen. Damit die Ehre der Frau allerdings verteidigt werden kann, bedarf es eines Mannes, ob Familienangehöriger oder Ehemann, der diese Aufgabe wahrnimmt.

Erziehungsstile und die Sexualmoral

Das Ehrverständnis ist in patriarchalischen Familienstrukturen ein dominanter Faktor für die Erziehung der Kinder. Dabei ist Ehre Bestandteil der Tradition, die nicht infrage zu stellen ist und die von den Kindern unbedingten Gehorsam auferlegt. Der Gehorsam ist nach außen zu demonstrieren, denn die Kinder sollen ihren Eltern „Ehre machen“. Diese tradierte Sichtweise definiert das familiäre Rollengefüge.

Der Vater ist der Patriarch, das Familienoberhaupt. Er ist der Versorger und trifft die relevanten Entscheidungen. Das bedeutet, der Vater ist der Verantwortliche, auch für die Entscheidungen seiner Frau und seiner Kinder. Der Ge-



horsam der Kinder kann notfalls mit Gewalt durchgesetzt werden. Söhne werden in der Schwangerschaft von den Müttern besonders herbeigesehnt, denn durch sie wird die Position zur Familie des Ehemannes gestärkt. Sie werden nach Vorbild des Vaters erzogen und zollen vor allem ihm im alltäglichen Umgang Respekt. Sie sind die Stammeshalter und daher besonders aufgefordert, Tradition und Ehre in der Familie aufrecht zu halten und ihren Familien weiterzugeben. Ihnen obliegt die künftige Rolle ihres Vaters, sie schützen ihre Schwestern und achten auf diese außerhalb des familiären Umfeldes.

Frauen sind die Hüter der Familie, sie gebären und erziehen den Nachwuchs. Dies ist eine Schlüsselfunktion und eine sehr ehrbare Position, aufgrund derer ihr die eigenen Kinder und auch die anderer Familien Achtung entgegenbringen. Der Mutter obliegt ebenfalls, Schaden von der Familienehre abzuwenden und vor allem den Töchtern ein Vorbild zu sein. Entspricht sie diesen, zuweilen aus islamischer Vorzeit geltenden stammesrechtlichen Vorstellungen, verfügt sie innerhalb der Verwandtschaft nicht selten über Macht und Einfluss. Gleichzeitig ist sie stark eingeschränkt, da jede ihrer Handlungen stets dem Wohle ihrer Familie dienen muss. Die Erwartung an sie, diese Rolle perfekt auszufüllen, lässt wenig Raum für individuelle Wünsche wie dem Streben nach Selbstverwirklichung, dem Ausbau persönlicher Begabungen und tatsächlicher Entscheidungsfreiheit. Das Frauenbild innerhalb stark patriarchalischer und noch von Stammesstrukturen ge-

prägter Familien und Gesellschaften ist somit relativ starr. Entsprechend schnell kann davon abweichendes Verhalten die Ehrlosigkeit herbeiführen.

Kindern in streng patriarchalischen Familien wird von Beginn an beigebracht, dass die Familie, also Kernfamilie und Verwandtschaft, das Wichtigste ist und Außenstehende weit weniger wert sind. Insbesondere dann, wenn sie einem anderen Kulturkreis angehören, der diese Werte nicht auf diese Weise teilt. Gerade europäische Grundhaltungen wie das Streben nach Freiheit und persönlichem Glück werden als egoistisch und unsozial betrachtet. Zudem sehen sich besonders streng muslimische Zuwanderer aus tradierten Familienebenen in den europäischen Ländern mit einer Freizügigkeit konfrontiert, die sie als schändlich, vermutlich auch bedrohlich begreifen. Sie empfinden eine allgegenwärtige Sexualisierung des Alltags. Interessanterweise bezieht sich diese Sichtweise ausschließlich auf Frauen. Frauen, die ihren Körper, zumindest jedoch ihr Haar nicht verhüllen, wie es nach dieser Auffassung der Anstand gebietet, verführen Männer. Auch ihre Handlungsweisen wie etwa, nicht den Blick zu senken und einem Mann direkt in die Augen zu schauen, werden als unzüchtig interpretiert. Damit wird die Frau und die von ihr ausgehende Sexualität ganz offensichtlich als Bedrohung für ein geordnetes Miteinander begriffen. Im Endeffekt führt exakt diese Sichtweise, die Frauen nicht nur auf ihre Sexualität beschränkt, sondern sie gar zu potenziellen Tätern der Ehr- und Morallosigkeit macht, zu elterlichen Verbote, auf Klassenfahrten

zu gehen oder am Sport- oder Schwimmunterricht teilzunehmen. Gerade konservative islamische Verbände fordern entsprechende Ausnahmeregelungen als ihr Recht, was beispielsweise zu gesonderten Badezeiten für Muslima in einem öffentlichen Schwimmbad in Wolfenbüttel führt.

Solche „Entgegenkommen“ aus dem Willen zu einem toleranten und respektvollen Miteinander unterschiedlicher Kulturen müssen zwingend hinterfragt werden, denn sie reduzieren Frauen auf ihre als bedrohlich wahrgenommene Sexualität und wirken keineswegs integrativ, sondern ganz im Gegenteil separativ.

Ehrenmorde als sichtbares Symptom von Desintegration

Jugendliche, die aus den dargestellten Familienstrukturen stammen, sind in Deutschland regelrecht zu einem zerreißen Spagat gezwungen. Im Endeffekt führen sie zwei Leben: Eines in ihrer Familie und einem sehr traditionell geprägten Umfeld mit klaren und strengen Regeln einerseits und andererseits ein Leben in einem multikulturellen Umfeld an der Schule, in der Uni oder am Arbeitsplatz. Diese Zerreißenprobe führt zu einem immensen Identitätsproblem und divergierenden Wünschen nach dem Halt in der Familie und gleichzeitig den Freiheiten „der Anderen“. Viele belastet dieser Spagat sehr. Und im schlimmsten Fall führt der Wunsch nach mehr persönlicher Freiheit, wie die eigene Wahl von (Sexual-)Partnern und einem Beruf sogar zum Tod.

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen



Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



Es sind Namen wie Hatun Sürücü, Morsal Obeidi, Arzu Özmen und seit Januar dieses Jahres auch Lareeb Khan, die für Frauen stehen, die ihre Wünsche mit dem Tod bezahlen mussten. Sie wurden durch die eigene Familie ermordet, weil sie sich den Konventionen, die ihre Familien ihren Mitgliedern auferlegt haben, widersetzen. Die Familien dieser jungen Frauen lebten seit vielen Jahren in Deutschland. Sie kamen aber nie richtig an, sondern führten hier ihr tradiertes, patriarchalisches Leben fort, das in ihren Herkunftsländern gelebt wird. Diese Frauen versuchten sich, aus der Starre dieses familiären Korsetts zu befreien und bezahlten diesen Wunsch mit ihrem Leben.

Solche Taten sorgen temporär für Entsetzen, sind jedoch nur die Spitze eines Eisberges, dem meist ein kulturell legitimierter gewalttätiger Alltag vorausgeht. Der Ehrenmord ist das Ende einer langen Reihe von Gewalt, von unterwerfenden und erniedrigenden Handlungen. Diese Misshandlungen werden das ein oder andere Mal durchaus auch im gesellschaftlichen Umfeld wahrgenommen, häufig aber nicht offen angesprochen oder dann von den Betroffenen geleugnet, weil sie sich schämen und Angst haben.

Besondere Gefährdung von Frauen in den Flüchtlingslagern

Eine Sichtweise, die Frauen derart abwertet, dass sie für sich keine Rechte, auch nicht auf die körperliche Integrität besitzen, schlägt sich in der Flüchtlingskrise ebenfalls nieder. Vereinzelte Medienberichte über Vergewaltigungen von Frauen in den Flüchtlingslagern zeichnen jedoch ein sehr diffuses Bild. Da regelmäßig keine konkreten Fallzahlen vorliegen, wirken die einzelnen defizitär geschilderten Sachverhalte nicht selten wie Panikmache oder gar Stimmungsmache gegen Ausländer.

Allerdings scheinen auch die Träger der Flüchtlingslager Handlungsbedarf zu sehen. Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) gab im Oktober für seine Einrichtungen Empfehlungen heraus, die vor allem Maßnahmen zum Schutz der dortigen Frauen umfassen. Vertreterinnen vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, Pro Familia, den Hessischen Frauenbüros und des Hessische Frauenrates prangerten in einem Brief an die frau-

enpolitischen Sprecher der hessischen Landtagsfraktionen bereits im September die Missstände zum Nachteil von Frauen in hessischen Erstaufnahmestellen an. Besonders frappierend fielen Zustände in Gießen auf. Dort wurden mehrere Vorfälle von sexuellen Übergriffen, Vergewaltigungen und Zwangsprostitution bekannt. Die unterzeichnenden Vertreterinnen erklärten ausdrücklich, dass es sich eben nicht um Einzelfälle handelt. In dem Schreiben heißt es: „Frauen berichten, dass sie, aber auch Kinder, vergewaltigt wurden oder sexuellen Übergriffen ausgesetzt sind. So schlafen viele Frauen in ihrer Straßenkleidung. Frauen berichten regelmäßig, dass sie nachts nicht zur Toilette gehen, weil es auf den Wegen dorthin und in den sanitären Einrichtungen zu Überfällen und Vergewaltigungen gekommen ist. Selbst am Tag ist der Gang durch das Camp bereits für viele Frauen eine angstbesetzte Situation.“ Bei den Frauen, die von sexualisierter Gewalt betroffen waren, handelte es sich überwiegend um allein reisende Frauen, zum Teil mit Kindern, die regelmäßig nicht verhüllt erscheinen.

Die Frauen, bei denen diese Gewalt nachvollzogen werden konnte, wurden zum Teil in Frauenhäuser oder andere Aufnahmehäuser gebracht. Der Polizei Gießen lag indes zu diesem Zeitpunkt keine Anzeige vor, schloss die Darstellungen allerdings auch nicht aus. Dieser Umstand erklärt sich aus der Situation der betroffenen Mädchen und Frauen. Sie schweigen aus Angst vor Repressalien, weiterer Gewalt oder auch Ausweisung und sie schämen sich. Gerade wenn sie selbst streng tradierten Clanstrukturen entstammen, wissen sie nicht um das Unrecht, das ihnen geschieht. Sie sehen die Schuld für Gewalt und vor allem sexualisierte Gewalt dann auch und vor allem bei sich selbst. Sie kennen ihre Rechte in Deutschland nicht, besitzen häufig ein durch negative Erfahrungen begründetes Misstrauen zur Polizei und dem Staat an sich. Zudem sorgen die vorhandenen Sprachbarrieren für weitere hohe Hürden bei diesen Frauen, das ihnen zugefügte Leid mitzuteilen.

Die Polizei ist nur dann handlungsfähig, wenn sie eingeschaltet wird. Entsprechend sind die Träger der Flüchtlingseinrichtungen in besonderer Weise gefordert.

Dass Handlungsempfehlungen ausgeteilt und Missstände bei politischen Vertretern angeprangert werden, ist ein wichtiger Schritt. Aber ebenso stehen die Träger in der Pflicht, bei Kenntnis über vorliegende Straftaten, besonders bei solch schwerwiegenden, umgehend die Polizei einzuschalten. Dabei bieten sich Kooperationen mit den polizeilichen Opferschutzstellen an.

Hindernisse für die Integration

Der aktuelle Zustand, in dem ständig von sexuellen, gewalttätigen und auch erniedrigenden Handlungen gegen Frauen in den Lagern gesprochen wird, die aber nicht dokumentiert sind, lässt die Opfer zum Spielball politischer Meinungen werden. Die Berichterstattung sowohl über Übergriffe auf Frauen in Flüchtlingsheimen als auch ehrmotivierte Gewalt unterliegt der ständigen Sorge, Rassismus und Vorurteile zu nähren. Die politischen Verantwortlichen scheinen zudem keinen besonderen Handlungsbedarf zu sehen. Damit werden diese Frauen, die auf deutschem Boden Schutz suchen, allein gelassen.

Großfamilien und Familienclans sind in Europa die Basis der Migranten, eng mit ihren Herkunftsgesellschaften verbunden zu bleiben. Zudem gelten Familien in der Tradition, aber auch in der islamischen Religion als die wichtigste soziale Einheit. Sie besteht aus der Kernfamilie, Verwandten und den eingeheirateten Frauen. Eine große Nachkommenschaft wird stets angestrebt und dient dem Gedanken des Fortbestandes, der ideellen Stärkung und der materiellen Versorgung aller Mitglieder. In einem solchen Rahmen besitzen claninterne Hierarchien und Regeln besonderes Gewicht. Mitunter wirken die Familiengefüge integrationshemmend in einer westlichen Zivilisation. Die Beziehungen innerhalb eines Clans oder zu Mitgliedern eines anderen Clans haben dann zum Teil eine höhere Bedeutung, als das inländische Recht des Ziellandes.

Viele Zuwanderer mit türkischem oder arabischem Migrationshintergrund stammen aus wirtschaftlich schwächeren und ländlichen Gebieten, aus Krisenregionen oder Ländern in Umbruchssituationen, in denen große Probleme wie eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, wenig Bildungsangebote und drohende Armut zum Alltag



gehören. Viele der meist männlichen, muslimischen Flüchtlinge kommen aus einer Stammes- und Clankultur. Die meisten Flüchtlinge kommen aus Syrien, Afghanistan, Pakistan, Somalia oder Nigeria. In diesen Ländern beruhen Gesellschaftssysteme auf der islamistischen Prägung einerseits und den noch älteren Prinzipien von Stammesstrukturen andererseits. In solchen Gebieten besitzen Traditionen einen besonders hohen Stellenwert und mit ihnen Autoritäten, der im Sinne der Tradition Vorbildfunktionen zukommen. Autoritäten wiederum funktionieren über den entgegengebrachten Respekt und eine Ehrerbietung, die auch bei Jugendlichen kein Ungehorsam duldet. Das Konzept der individuellen Freiheit und das Recht auf den Schutz des Individuums kennen diese Länder nicht. Häufig herrscht der Mann uneingeschränkt über die Frau und die Clangemeinschaft über den Einzelnen. Zudem beinhalten sie ein eigenes Rechtssystem, in dem Frauen aufgrund der jahrhundertealten

Tradition benachteiligt sind und diskriminiert werden.

Schonungslose Debatte ohne Polemik

2015 steht im Zeichen von Krisen, Flucht und Migration. Diese Themen mit all ihren Facetten werden uns auch die nächsten Jahre beschäftigen. Europäische Medien berichten in erster Linie über die Bewältigung des Flüchtlingsstroms in den Mitgliedsstaaten, deren Auswirkungen, künftige Regulierung oder die eingeschränkte politische Handlungsfähigkeit. Doch ist bereits eine kaum überschaubare Anzahl von Menschen in Deutschland angekommen. Und von ihnen stammen viele aus islamischen Gebieten, die ein ganz anderes Rechts- und Werteempfinden besitzen. Wenn diese Menschen erfolgreich integriert werden sollen, bedeutet das zwingend, dass wir ihnen diese Werte unmissverständlich ver-

mitteln und sie sich in das Demokratie-Verständnis und Rechtssystem einfinden müssen. Das Aufeinanderprallen von Kulturen, Glauben und Werten findet aktuell statt. Doch eigentlich tut es das schon deutlich länger. Die örtlich klaffenden Wunden sogenannter Problembezirke mit hohem Migrationsanteil, etablierter Paralleljustiz oder Ehrenmorden als sichtbare Spitze eines ungeheuren Eisberges zeugen von diesen Problemen.

Kulturelles Aufeinanderprallen bringt neben zahlreichen Risiken auch Chancen hervor. Damit das Miteinander eine reale Chance hat, bedarf es des Willens zur Integration auf beiden Seiten. Und das bedeutet auch, dass Integration von staatlicher Seite nicht heißen darf, die eigene Identität zu verleugnen und Menschenrechte zur Diskussion zu stellen, weil man möglicherweise Angst vor dem Stigma der Islamophobie hat. Die Würde des Menschen, das Recht

Anzeige

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit Lösungen für Dienstanwärter.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Optimale Sicherheit speziell für Vollzugsbeamte. Von Anfang an.

- ✓ Passgenaue Krankenversicherung zu Beihilfe und Heilfürsorge
- ✓ Garantierte Dienstunfähigkeitsrente bis zu 1.500 Euro
- ✓ Auch die Teil-Dienstunfähigkeit ist absicherbar

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: www.DBV.de oder Telefon 0800 166 55 94.



auf körperliche Unversehrtheit, auf sexuelle Selbstbestimmung und die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau sind absolut. Der unbedingte Integrationswillen von Asylsuchenden und Zuwanderern zeigt sich vor allem bei diesen Fragen und noch bei vielen weiteren, die unsere Grundrechte ausmachen.

Entsprechend dürfen wir nicht die Augen vor einem Frauenverständnis verschließen, dass ihnen kaum Rechte einräumt und sie in gewalttätiger

lich geführten, öffentlichen Diskussion lieber von den Stellen kommen, die sich täglich mit dem Leid der Frauen auseinandersetzen, die Opfer patriarchalischer Vorstellungen sind, in denen Gewalt aus einem Ehrverständnis heraus legitimiert wird. Es sind Vereine wie Peri e.V., es sind Vertreter wie Serap Cileli, Seyran Ate, Necla Kelek, Sabatina James oder auch Ahmad Mansour; es ist die Polizei mit all ihren Erfahrungen zu der Thematik und vor allem sind es die Mitarbeiterinnen in Frauenhäusern, die nicht nur mühevoll

um jeden Euro Etat, sondern auch um jede einzelne Frau kämpfen. Es sind all diejenigen, für die Opfer tatsächlich Opfer sind und nicht Mittel für persönliche Interessen oder politischen Machterhalt.

Der jährliche Gedenktag „NEIN zu Gewalt an Frauen!“ darf nicht zu reiner Symbolik verkommen, sondern muss Anlass geben, im eigenen Land zu überprüfen, wie es tatsächlich um den Schutz von Frauen bestellt ist.



Dr. Dorothee Dienstbühl Foto: privat

Weise unterwirft. Ein solches Frauenverständnis ist nicht schön zu reden, sondern zu verändern und wenn nötig, zu sanktionieren.

Der Schutz der Opfer muss die oberste Prämisse sein. Um das zu realisieren, ist eine ehrliche Debatte ohne politischen Populismus und ohne Verharmlosung jeden Vorfalls als Einzelfall notwendig. Ehrgehalt in der primär muslimisch geprägten Zuwanderungsgesellschaft als kulturelles Attribut zu verallgemeinern oder es zu marginalisieren, um nicht auf Pressefotos mit Vertretern der muslimischen Verbände verzichten zu müssen, stellt einen Verrat sämtlicher demokratischer Werte dar, der von den Deutschen selbst begangen wird. Ehrgehalt zu nutzen, um ein Feindbild zu schüren, ist menschenverachtend.

Beide Haltungen schaden jedem Opfer, schwächen dessen Grundrechte und damit das Fundament des Rechtsstaates. Entsprechend sollte das Wort in einer sach-

Vorehelich gelebte Sexualität, Homosexualität oder das Eingehen einer Liebesbeziehung mit einem Partner aus einem anderen Kulturkreis sowie einer anderen Glaubensrichtung sind innerfamiliäre Ursachen für eine Zwangsheirat, Gewalt im Namen der Ehre, bis hin zu einem Ehrenmord. Seit 2001 berät und begleitet rund um Hannover die Beratungsstelle für von Männergewalt betroffene Migrantinnen, Suana/kargah e.V., Mädchen und Frauen mit Gewalterfahrungen. Dazu zählen Zwangsverheiratchungen. Fünf Jahre später wurde das „Niedersächsische Krisentelefon gegen Zwangsheirat“ bei Suana/kargah e.V. angesiedelt.

In Fortbildungen und Schulungen an unterschiedlichen Institutionen bieten die Expertinnen kulturell sensible Aufklärung, Hintergrundinformationen und Hilfe zur Selbsthilfe an. Ebenso finden Fachkräfte von Schulen, Ausbildungsstätten, Ämter, Behörden oder anderen Beratungsstellen, die in ihrem beruflichen Alltag nur seltene Berührungspunkte mit Zwangsverheiratchungen haben, dort sachkundige Ansprechpartner.

Hin- und hergerissen

Die Betroffenen sind häufig hin- und hergerissen zwischen den Überzeugungen ihrer Familien sowie eigenen Wünschen und Vorstellungen für ihr Leben. Es fällt ihnen schwer, sich von ihren Familien zu lösen. Ihre Entscheidungsfindung ist geprägt von Scham und schlechtem Gewissen. Ein Verlassen der Familie verletzt deren Ehre und führt quasi zu einem gesellschaftlichen Gesichtsverlust.

Jedoch stellt das Verlassen der Familie oftmals die einzige Möglichkeit dar, einer Zwangsheirat zu entgehen. Das ist für die Meisten eine hohe Hür-

de, da sie nicht zur Selbständigkeit oder Selbstbestimmung erzogen worden sind.

Transkultureller Ansatz

Suana und das Niedersächsische Krisentelefon gegen Zwangsheirat beraten ihre Ratsuchenden auch zu aufenthalts-, asyl-, und familienrechtlichen Fragestellungen. Darüber hinaus informieren sie über die Möglichkeit einer Unterbringung in anonymen Schutzeinrichtungen wie Frauenhäusern oder speziellen Schutzhäusern für Mädchen und junge volljährige Frauen. Der transkulturelle Ansatz von kargah e.V. ermöglicht bei Bedarf die Wahrnehmung der Beratungsgespräche in der Herkunftssprache der Ratsuchenden. So wird gewährleistet, dass sich auch Menschen, die die deutsche Sprache wenig sprechen, über ihre Rechte und über individuelle Unterstützungsmöglichkeiten informieren können. Die Einhaltung der Schweigepflicht und die Zusicherung einer anonymen Beratung im Bedarfsfall sind wichtige Rahmenbedingungen.

red



Experten wollen enge Netzwerke gegen Organisierte Kriminalität knüpfen

Eng geknüpfte Netzwerke zwischen Politik, Polizei, Verwaltung, Wirtschaft und Organisationen, beispielsweise Anti-Mafia-Vereine, sind nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ein geeignetes Mittel, um die immer stärker in die legale Gesellschaft strebende Organisierte Kriminalität (OK) wirksamer zu bekämpfen. Der stark vernetzten OK muss mit einer Kooperation der Kräfte begegnet werden. Dazu muss jedoch auch der klare Wille vorhanden sein, kriminelle Strukturen aus jeglicher Form legaler Geschäfte und Wirtschaftsformen herauszuhalten, lautete das Fazit einer zweitägigen bilateralen GdP-Fachtagung in Berlin, auf der Mitte Oktober rund 80 Experten aus Italien und Deutschland Strategien gegen das organisierte Verbrechen erörterten.

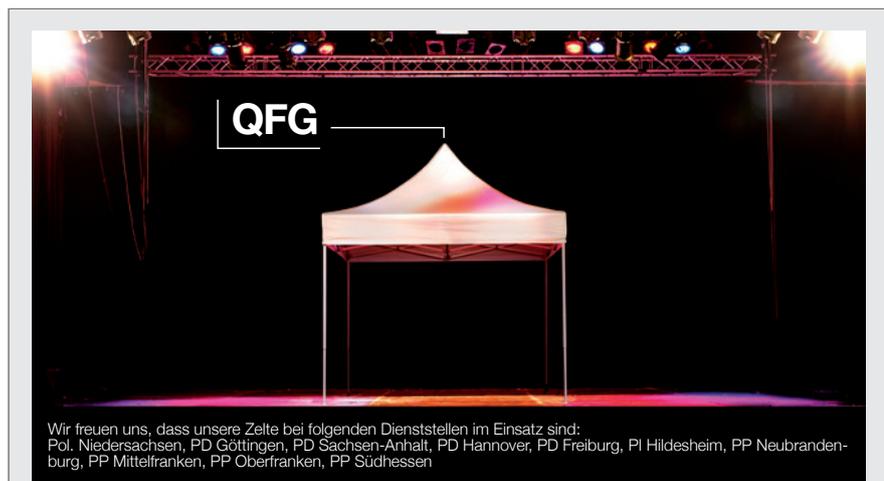
Nach den der GdP vorliegenden Erkenntnissen nutzt die OK beispielsweise die momentane Flüchtlingssituation vermehrt aus, um illegal erwirtschaftete Gelder zu waschen. „Es gibt deutliche Hinweise dafür, dass

organisierte Kriminelle über private Wach- und Sicherungsfirmen in das ‚weiße‘ Geschäft drängen. Auch in Zeiten hoher Belastungen der Polizei, der öffentlichen Verwaltung und vielen Hilfseinrichtungen darf der OK

keine Tür geöffnet werden“, sagte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und Gastgeber des Fachtages, Dietmar Schilff, zu Medienvertretern.

Der GdP-Vize verwies zudem auf Erkenntnisse aus der Bauwirtschaft und andere Bereiche. „Die Rückmeldungen aus der Polizei müssen alarmieren. Die spezialisierten OK-Ermittler sind kaum mehr in der Lage, die personal- und zeitintensiven Strukturermittlungen konsequent fortzuführen“, sagte er. „Die Polizei ist in den letzten mindestens fünfzehn Jahren systematisch heruntergewirtschaftet worden. Die Rechnung dafür zahlen vor allem die Bürger und meine Kolleginnen und Kollegen. Nahezu jeden Tag aber tun sich große Lücken auf, wenn es um die innere Sicherheit geht. Nicht nur bei

Anzeige



Wir freuen uns, dass unsere Zelte bei folgenden Dienststellen im Einsatz sind:
Pol. Niedersachsen, PD Göttingen, PD Sachsen-Anhalt, PD Hannover, PD Freiburg, PI Hildesheim, PP Neubrandenburg, PP Mittelfranken, PP Oberfranken, PP Südhessen

Profi-Faltzelte auf die Sie sich verlassen können.
Im Einsatz mobil, flexibel und sofort bereit.



Größen von **2x2 m** bis **4x8 m**, vielfältiges **Zubehör** sowie **individuelle Bedruckung** ermöglichen bedarfsgerechten Einsatz in vielen Situationen.

Vielseitige Profi-Faltzelte in Top-Qualität

www.main-zelt.de
Einfach online bestellen



AHG Zentrum für Verhaltensmedizin Bad Pyrmont



Akademisches Lehrkrankenhaus der Medizinischen Hochschule Hannover

Ärztl. Direktor und Chefarzt
Prof. Dr. med. Dipl.-Psych.
Rolf Meeremann

Die AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont ist inmitten des landschaftlich sehr reizvollen Weserberglands gelegen.

Nach unserem Motto „Handeln - nicht behandeln lassen“ leiten wir unsere Patienten in einem auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen abgestimmten einzel- und gruppenpsychotherapeutischen Behandlungskonzept dazu an, zu „Experten“ für ihre eigenen Gesundheitsprobleme zu werden.

Behandelt werden alle Störungsbilder des psychiatrisch-psychosomatischen Fachgebietes sowie begleitende internistische, neurologische und orthopädische Erkrankungen. Schwerpunktmäßig handelt es sich dabei um:

- alle Formen von Essstörungen
- Depressionen
- Ängste
- Zwangsstörungen
- Burn-out-Symptomatik
- chronische (Magersucht, Bulimie, Adipositas)
- Schmerzstörungen
- posttraumatische Belastungsstörungen
- nicht-organische Schlafstörungen

Kostenträger:
Polizei, DRV, Beihilfe, Krankenkassen, Private Krankenversicherer, Bundeswehr.

Wir sind im Vorfeld einer stationären Aufnahme gerne bereit, Sie hinsichtlich notwendiger Kostenübernahmebeantragungen umfassend zu beraten.

Nehmen Sie gern Kontakt auf mit unserer freundlichen Aufnahmesekretärin Frau Franz unter der kostenlosen **Service-Telefonnummer 0800/619-6666** oder per E-Mail unter: pfkpyrmont@ahg.de
Sie finden uns im Internet unter: www.ahg.de/Pyrmont
Anschrift: Bombergallee 10, 31812 Bad Pyrmont




der OK-Bekämpfung, sondern auch bei vermeintlich weniger wichtigen Bereichen wie der Überwachung des Straßenverkehrs oder der Verfolgung sogenannter Alltagskriminalität wie Diebstahldelikte oder Vandalismus. Es gehört zum polizeilichen ABC, dass Täter jede Lücke ausnutzen werden, die ihnen gelassen wird. Der Hebel in

Geschäftsführer des Recherchezentrums „CORRECT!V“, David Schraven, forderte als wirksamen Gegenpart zur OK eine organisierte Öffentlichkeit. In der Recherche beispielsweise über die Arbeitsweisen der Mafia müsse man einen langen Atem haben und am besten international aufgestellt sein. Das Ziel seiner Redaktion sei es, Daten zu vernetzen und Verbindungen zu erstellen. „Das Redaktionsgeheimnis ist bei unserer Arbeit ein echtes Pfund“, sagte er. Da komme keiner von außen an die Inhalte ran, man könne alles und alle beim Namen nennen und es gebe keine Löschfristen. Diese Datenvernetzung ermögliche erst die spätere ganzheitliche Darstellung des grenzüberschreitenden Vorgehens der Mafia.

Milieu zu entziehen, ihnen Perspektiven aufzuzeigen und sie Ausbildungen abschließen zu lassen.

Aussteigerprogramme

GdP-Vize Schilff unterstrich die Funktion der Gewerkschaft der Polizei als Wegbereiter für Ideen und Forderungen. „Wir wollen und können die Politik beeinflussen. Wir legen den Finger in die Wunde und nutzen sowohl das direkte Gespräch mit den Entscheidungsträgern sowie die mediale Öffentlichkeit.“ Das wollte Sandro Mattioli, Chef von „Mafia? Nein Danke!“, gleich ausnutzen und forderte Schilff auf, sich für mehr Mafia-Aussteigerprogramme auszusprechen.



Foto: GdP/Hagen/Immer

Richtung spürbarer Investitionen für deutlich mehr Sicherheit muss endlich umgelegt werden“, betonte Schilff.

Schweigekartell

„Bezogen auf die Organisierte Kriminalität kann man durchaus von einem Schweigekartell im öffentlichen Dienst sprechen. Ich erkenne auch das Desinteresse der Exekutive, aber vor allem der Legislative hier sehr deutlich“, sagte der Berliner SPD-Abgeordnete Tom Schreiber zu Beginn der abschließenden Podiumsdiskussion. Der Landespolitiker hatte sich vor rund vier Monaten an den Berliner Senat gewandt. Sein Thema: „Wie gefährlich sind die Clans in Berlin?“ Mit den Antworten habe er nicht zufrieden sein können, sagte er. Der Abgeordnete beklagte, dass spektakuläre Fälle organisierter Kriminalität an zwei, drei Tagen in der Öffentlichkeit hoch gepusht würden, jedoch das Kernproblem weitgehend im Verborgenen bliebe. „Sehen Sie mal genau hinter manche Investition vor dem Hintergrund der Flüchtlingssituation. Alle freuen sich, dass da was passiert, aber woher plötzlich das viele Geld kommt, will dann keiner wirklich wissen.“

Vernetzung

Der Journalist, Herausgeber und

Schutzgeld

Einen authentischen Fall von Schutzgelderpressung schilderte der italienische Gastronom und stellvertretende Vorsitzende des Vereins „Mafia? Nein Danke!“ Pino Bianco dem Auditorium. In Italien, so berichtete er, wäre er wohl nicht unbedingt zur Polizei gegangen. Mit den deutschen Behörden möchte er die Zusammenarbeit jedoch nicht missen. Junge Leute hatten damals italienische Restaurants besucht und Briefe abgegeben. Der Inhalt war jeweils die unverhohlene Aufforderung für den Schutz der Räumlichkeiten einen obligatorischen Betrag abzuführen. In kurzer Zeit waren in Berlin mehr als 40 solcher Schreiben an Gastronomiebetriebe gegangen. Die Wirte jedoch traten geschlossen auf und lösten gemeinsam mit der Polizei das Problem in nur zwei Wochen. „Da haben wir auch ein bisschen Glück gehabt, aber es hat geklappt“ sagte er. „Mafia? Nein Danke!“ hatte in Kooperation mit der GdP die Veranstaltung organisiert.

Stigmatisierung

Tom Schreiber schlug unterdessen vor, in ähnlicher Form auch die arabische Community einzubinden. „Die Geschichten über hochkriminelle arabische Großfamilien schaden doch den meisten völlig friedlichen und gut integrierten Arabern. Das sorgt für eine nur schwer zu beseitigende Stigmatisierung.“ Kein Kind werde kriminell geboren. Es sei nötig, die Kinder dem

Botschafter Italiens zu Gast

Zwei Tage hatten hochkarätige Experten aus Polizei- und Justizkreisen beider Länder vor dem Hintergrund des zunehmend vernetzten und grenzüberschreitenden Verbrechens die Entwicklung der OK, die aktuelle Kriminalitätsslage sowie polizeiliche Ermittlungs- und Fahndungsansätze in Italien und Deutschland erörtert. Dabei spielten insbesondere Delikte wie Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung eine Hauptrolle. Die große Bedeutung dieser Veranstaltung unterstrich Pietro Benassi, Botschafter Italiens in der Bundeshauptstadt, der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer persönlich begrüßte. Er hob die „ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen deutschen und italienischen Behörden bei der Bekämpfung der Mafia“ hervor. Ausdruck dieser Zusammenarbeit sei auch, dass zwei Beamte der italienischen Staatspolizei beim Bundeskriminalamt tätig sind.

Ermittler fehlen

Das italienische Mafia-Modell sei auch hierzulande vorhanden und verändere zudem weiterhin seine Strukturen, betonte Schilff. So versuche diese Form der OK ständig, illegal erworbene Finanzmittel in legale Geschäftszweige zu investieren. Die Rückmeldungen aus der Polizei seien da eindeutig und alarmierend, „zumal die Ermittler kaum mehr in der

Fortsetzung Seite 21



Lage sind, neben bekannten Verfahren, Verflechtungen von legalem und illegalem wirtschaftlichem Handeln in personal- und zeitintensiven Strukturermittlungen ausreichend zu verfolgen und aufzuklären“. Es fehlten die OK-Ermittler, aber auch die Justiz habe zu wenige spezialisierte Staatsanwälte und Richter, mahnte der stellvertretende GDP-Bundesvorsitzende. Die Bilanz des wenige Tage vor der Veranstaltung durch Bundesinnenminister Thomas de Maizière und den Präsidenten des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, erläuterten jüngsten OK-Lageberichts sei daher alarmierend, aber nicht überraschend. Schilff: „Seit Jahren beobachten wir, welche Wohltaten das Internet, die Globalisierung und die Freizügigkeit in Europa für die gut vernetzten Kriminellen bereithält. Die Polizei ist längst nicht mehr auf Augenhöhe mit den Möglichkeiten dieser Straftäter, da die notwendigen personellen, technischen und rechtlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bekämpfung fehlen.“

OK im Schatten

Zudem gerate die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität immer mehr in den Schatten anderer wachsender Aufgaben, wie die Bekämpfung des Islamistischen Terrorismus, den Rechtsextremismus und der Cyber-Kriminalität. Schilff: „Die Dynamik im Bereich der Organisierten Kriminalität ist atemberaubend. Mobile Tätergruppen aus Ost- und Südosteuropa, die strukturiert und organisiert nach Deutschland gesandt werden, begehen Eigentumsdelikte im großen Stil und können sich und ihre Beute in Windeseile in Sicherheit bringen. Neben ausreichendem und qualifiziertem Personal brauchen wir effektive Ermittlungsinstrumente, eine bessere internationale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und wirksamere Möglichkeiten zur Vermögensabschöpfung.“

Aus dem Schatten und stärker in das öffentliche Bewusstsein will auch Bernd Finger die OK rücken. Der versierte Kriminalist, der über viele Jahre die Abteilung Organisierte Kriminalität in Berlin geleitet hat, bekam wegen seiner Verdienste in der OK-Bekämpfung und der engen Zusammenarbeit mit den italienischen Mafia-Jägern den Verdienstorden Italiens mit dem Titel Cavaliere della Repubblica Ita-

liana verliehen. Vor dem besonders gefährlichen, scheinbar unsichtbaren Einsickern der Mafiakriminalität müsse, so Finger, in Ergänzung einer konsequenten Strafverfolgung, ein präventiver Schutzwall aufgebaut werden, eine gesamtgesellschaftliche Firewall. Finger: „Meine Erfahrung und feste Überzeugung ist: Polizeien und Staatsanwaltschaften allein schaffen es bei allem Bemühen nicht, die OK und Mafiakriminalität nachhaltig zu bekämpfen, schon gar nicht allein mit Mitteln der Strafverfolgung. Das Schaffen einer Kultur der Legalität, beginnend in der Kindererziehung, in den Schulen, Universitäten und so weiter, erfordert eine kooperative



„Wir versuchen in das Innere eigentlich undurchdringlicher Situationen einzudringen“, sagte Ermittler Furcini in einer Fragerunde mit Sandro Mattioli von „Mafia? Nein Danke!“. Fotos (2): GDP/Hagen Immel

Verbrechensbekämpfung. Die Kultur der Legalität ist Ausdruck der europäischen Wertegemeinschaft in ihrem verpflichtenden Auftrag zur Wahrung der Grund- und Menschenrechte. Die kooperative Verbrechensbekämpfung ist in diesem Sinne praktizierter Schutz dieser universellen Grund- und Menschenrechte.“ Die kooperative Verbrechensbekämpfung seiner Vorstellung erfordere im demokratischen Rechtsstaat von den Sicherheits- und Straf-



Die OK-Lage in Süditalien stellte Oberleutnant der Guardia di Finanza und Kommandant der OK-Spezialeinheit G.I.C.O. Neapel, Giuseppe Furcini, vor.

verfolgungsbehörden, sich der Gesellschaft, von der sie beauftragt sind, zu öffnen, Transparenz zu schaffen, sich öffentlicher Kontrolle und Kritik zu stellen und aus Überzeugung, proaktiv einen ständigen, öffentlichen Dialog zu führen. Finger: „Über Organisierte Kriminalität und Mafiakriminalität muss öffentlich geredet und berichtet werden.“

Aus dem OK-Lagebild 2014

In Deutschland weist die Gesamtzahl der Ermittlungsverfahren einen geringfügigen Rückgang von 580 Verfahren im Jahr 2013 auf 571 Verfahren im Vorjahr auf. Die Anzahl der Erstmeldungen blieb konstant, 277 Verfahren wurden 2014 abgeschlossen. Auch die Anzahl der Tatverdächtigen sank von 9.155 (2013) auf 8.700. Die festgestellten Schäden sanken in einem Langzeitvergleich beträchtlich: Von 1,65 Milliarden Euro in 2010 auf 0,54 Milliarden im Jahr 2014. Alles in allem eine eher beruhigende Entwicklung. Das Lagebild der OK spiegelt die Ergebnisse polizeilicher Strafverfolgungsaktivitäten in einem Phänomenbereich ab, der der Kontrollkriminalität zuzurechnen ist. Ähnlich wie bei der Rauschgiftkriminalität gilt: Wo sich die Polizei nicht darum kümmern kann, findet sie nicht statt. Nahezu alle Sicherheitsexperten verorten daher den Rückgang der festgestellten Organisierten Kriminalität weniger in





„Gegen die OK hilft eine organisierte Öffentlichkeit“ zeigte sich Journalist David Shraven überzeugt. Rechts im Bild, GdP-Vize Dietmar Schilff.

einer erfolgreichen Bekämpfung als vielmehr in einer nicht ausreichenden Bekämpfung. „Struktur- oder Initiativermittlungen“, so ein Insider, „sind nahezu versiegt. Es fehlen die Leute. Andere, die Öffentlichkeit stärker bewegende Kriminalitätsbereiche wie Terrorismus oder Rechtsextremismus, saugen das Personal buchstäblich ab.“ So ist nur das Hellfeld bekannt, Art und Umfang eines möglichen Dunkelfeldes liegen, wie der Name sagt, komplett im Dunkeln.

Das wird sicher nicht den Opfern gerecht, deren Zahl in die Zigtausende geht. So wird die Einbruchkriminalität längst von professionell aufgestellten Banden betrieben und sogar der Ladendiebstahl ist nicht mehr die Angelegenheit des Einzeltäters. Man bearbeitet derzeit Fälle von Bandendiebstählen mit teils mehr als 1.000 Tatverdächtigen, sagte BKA-Chef Münch auf der Pressekonferenz zur Vorstellung des Lagebildes in Berlin. Die Tätigkeitsfelder der Organisierten Kriminalität erstrecken sich insbesondere auf den Rauschgifthandel mit einem Anteil von 32,9 Prozent an den registrierten OK-Taten, gefolgt von Eigentums- (18,9 Prozent) und Wirtschaftskriminalität (12,8 Prozent), sowie Steuer- und Zolldelikten (9,1 Prozent). Die höchsten Schäden richtet die Wirtschaftskriminalität mit 222 Millionen Euro und einem Anteil von rund 41 Prozent am festgestellten Gesamtschaden an, gefolgt von Steuer- und Zolldelikten (148 Millionen Euro, circa 27 Prozent) sowie der Eigentumskriminalität (48 Millionen Euro, circa

9 Prozent), so das OK-Lagebild 2015.

Deutsche, türkische und litauische Staatsangehörige stellen die meisten OK-Tatverdächtigen. Dahinter steckten Strukturen, „den mehrmonatigen Aufenthalt in Deutschland zur Begehung von Straftaten einzusetzen“, sagt der BKA-Chef. Deswegen beobachtet man die Zahl der steigenden Asylanträge aus diesem Land skeptisch. Minister de Maizière warnte allerdings davor, Flüchtlinge in die krimi-



Christian Woelke, Kommissariatsleiter der Dienststelle LKA 1 ZSt IG (Zentralstelle Individualgefährdung) in Berlin, berichtete über Maßnahmen bei gefährdeten Personen, zum Beispiel, warum es ein „Gefährdungslagebild“ gibt.

Fotos (2): GdP/Hagen Immel

nelle Ecke zu schieben. Zwar sei bei georgischen Asylbewerbern zuletzt tatsächlich eine höhere Zahl von Eigentumsdelikten festgestellt worden. Bei der großen Gruppe der syrischen Asylbewerber sei dies aber überhaupt nicht der Fall. Deutsche Staatsange-

hörige stellten mit 35,6 Prozent (2013: 40,6 Prozent) weiterhin den größten Anteil an neu ermittelten Tatverdächtigen. Den zweiten Rang unter den neu ermittelten Tatverdächtigen belegten mit einem Anteil von 8,9 Prozent die türkischen Staatsangehörigen (2013: 10,1 Prozent). Die Deutschen führen auch die Rangliste der Führungspersönlichkeiten in den OK-Banden an, gefolgt von Türken und Polen. Aufsteiger in dieser Tabelle sind Italiener, Serben und Albaner.

BKA-Präsident Münch: „80 Prozent unserer OK-Verfahren weisen internationale Bezüge auf. OK ist global vernetzt, agiert hochkonspirativ, verschleiert illegales Vermögen und erzielt Milliarden Gewinne. Die Strafverfolgungsbehörden müssen in der Lage sein, Schritt zu halten. Erleichterte Vermögenabschöpfung, Kommunikationsüberwachung trotz Nutzung von Anonymisierungsdiensten und kurze Wege der internationalen Rechtshilfe sind unerlässlich, wollen wir den Tätern ihr Handwerk legen.“

Im Zusammenhang mit Rockergruppierungen stand 2014 beinahe jedes achte OK-Verfahren. Bei Ermittlungen gegen italienische Mafiagruppierungen gab es in acht von 13 Verfahren ein Ndrangheta-Bezug.

Zeichen gesetzt

Um ein Zeichen gegen die Mafia zu setzen, gründeten Italienerinnen und Italiener in Berlin wenige Tage nach dem Blutbad von Duisburg, wo in den Morgenstunden des 15. August 2007 sechs Menschen vor einem italienischen Restaurant erschossen worden waren, die Initiative „Mafia? Nein Danke!“.

Noch im selben Jahr leistete „Mafia? Nein Danke!“ seinen Beitrag zur größten Rebellion gegen Schutzgeldzahlung, die es jemals außerhalb von Italien gegeben hat. Im Dezember 2007 forderten Mitglieder der neapolitanischen Camorra von Berliner Restaurantbesitzern Schutzgeld. Um die erpressten Gastwirte einzuschüchtern, legten die Camorristi Feuer in einem Restaurant und zündeten ein Auto an. Mit Unterstützung von „Mafia? Nein Danke!“ gingen über 40 Gastronomen zur Polizei und erstatteten





DIE BESTEN BALLISTISCHEN HELME FÜR STREIFEN- POLIZISTEN

In Deutschland werden jährlich rund 10.000 Straftaten mit Schusswaffengebrauch begangen. Hinzu kommt die wachsende Bedrohung durch Terroranschläge und Amokläufe. Fast immer sind es Streifenpolizisten, die als Erste am Tatort eintreffen. Doch selbst mit kugelsicheren Westen bleibt ihr Schutz unvollständig. ULBRICHTS hat deshalb in enger Zusammenarbeit mit Polizeikräften ballistische Schutzhelme aus Titan entwickelt und zertifiziert – speziell für Streifenpolizisten.

Unser gemeinsames Ziel: ein griffbereiter und wirksamer ballistischer Schutz für den Kopf. Umfangreiche Tests zeigen, dass Helme aus Aramid bzw. Kevlar den Kopf bei direktem Beschuss kaum vor schweren Verletzungen bewahren. Die neue Helmgeneration aus Titan bietet dagegen ein Schutzniveau, das bisher nur Spezialkommandos vorbehalten war – und das bei höchstem Tragekomfort. Denn wir wollen alle schützen, die für unsere Sicherheit den Kopf hinhalten.

KEINER SCHÜTZT BESSER. ULBRICHTS.



VDP KALENDER-PROGRAMM 2016

Bild-Wandkalender Polizei 2016

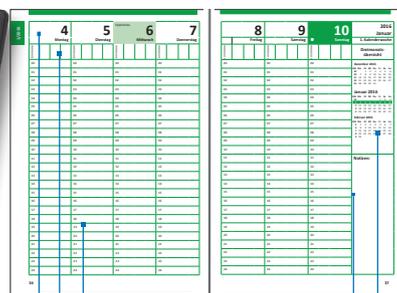
Format 30 x 40 cm
Einzelpreis 13,90 €

Der Wandkalender mit zwölf Motiven aus dem Polizeibereich. Mit Wire-O-Bindung und im Format 30 x 40 cm ausgestattet, ist er nicht nur für die Dienststelle ein wahres Schmuckstück, sondern ist in jedem Fall auch ein tolles Geschenk zu Weihnachten und zum Jahreswechsel.

Polizeiterminer 2016

Format 16,5 x 24 cm
Einzelpreis 4,90 €

Der Terminer ist in seinem Aufbau und Inhalt speziell auf den Bedarf der Polizei zugeschnitten. Er ist übersichtlich gestaltet und durchgängig farbig. Ein hochwertiger Einband und die repräsentative Reliefprägung sorgen dafür, dass er überall einen bleibenden Eindruck hinterlässt. Dank der strapazierfähigen Fadenheftung bleibt der Terminer auch über lange Zeit sehr gut in Form.



24-Stunden-Planer
Schichtdienst-Planer
Alle Wochentage auf einen Blick
Zusätzliches Feld für persönliche Notizen
Dreimonatsübersicht

Unser besonderes Angebot



Wandkalender



Polizeiterminer

Im Paket nur
14,90 €!

Sie sparen
3,90 €

Alle Preise zuzüglich 3,50 € Versandkosten. Ab Auftragswert von 50,00 € versandkostenfrei.
Buchhandels-Bestellungen sind nicht möglich.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de



Gastwirt Pino Bianco verharnte nicht in der Opferrolle, sondern wehrte sich erfolgreich gegen Erpresser. Rechts im Bild, SPD-Politiker Tom Schreiber.

Fotos (2): GdP/Hagen Immel

Gesamteinnahmen der Spielbank gemacht hat. Und da die unter staatlicher Kontrolle sind, habe ich dann weiter nachgefragt und hab' dann festgestellt, dass es überhaupt gar keine Aufsicht gibt", hatte Frank zuvor schon im Deutschlandfunk gesagt.

Der Finanz-Fachmann, der später eine eigene Beratungs-Firma gründete, überschüttete deutsche Landes- und Bundesministerien mit Anfragen. Schließlich schaffte Frank es, dass die EU-Kommission zwei Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland einleitete – 2005 und 2009. Beide Verfahren – das letzte wurde vor zweieinhalb Jahren abgeschlossen – offenbarten: Die Bundesrepublik hatte die EU-Richtlinien zur Geldwäschebe-

Anzeige. Die Polizei konnte die Erpresser daraufhin festnehmen und dankte der italienischen Gemeinde in Berlin für ihr Engagement gegen die Mafia. „Mafia? Nein Danke!“ wurde von den deutschen Behörden als „Best practice“ bei Eurojust gemeldet, als positives Beispiel für das Engagement von Vertretern der Zivilgesellschaft bei der Bekämpfung der OK. Diese Initiative durfte auf dem GdP-Fachtag nicht fehlen. So begrüßte GdP-Vize Schilff neben dem Vorsitzenden des Vereins, Sandro Mattioli, auch seine Kollegin Verena Zoppei.

Mattioli sagte: „Mafia ist kein beliebtes Thema. In politischen Kreisen quasi ein Unthema. Es wird nicht angefasst, es sei denn, dass es wie in Duisburg Tote gibt.“ 3.600 OK-Gruppen, so der Abschlussbericht eines Untersuchungsausschusses auf europäischer Ebene, trieben ihr Unwesen in Europa. Der Jahresgewinn aus Drogenverkäufen, den allein die italienische Ndrangheta erziele, betrage 50 Milliarden Euro. „Ein neuer Markt, sehr aktuell, ist hinzugekommen. Wenn der Durchschnittsverdienst, niedrig geschätzt, bei einer einzigen Schleusung rund 3.000 Euro beträgt, kann man ausreichen wie viel Geld an einer Million Flüchtlingen verdient wird und niemand weiß, wohin das Geld fließt“, betonte Mattioli.

OK-Bekämpfung gescheitert

Als gescheitert betrachtet Andreas Frank die bisherige Bekämpfung der OK, deren Gewinne jährlich weltweit auf zwei bis drei Billionen Dollar ge-

schätzt wird. „Lediglich ein Prozent wurden konfisziert“, erklärte er und referierte über die Geldwäschebekämpfung, die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung, Korruption und Finanzermittlungen.



Frank war einst Direktor bei Goldman Sachs in der Schweiz. Dort stieß er in den 90er-Jahren auf das brisante Thema Geldwäsche. „Mein Kollege hat auf der Spielbank zunächst sein eigenes Vermögen, 14 Millionen und danach Kundengelder in Richtung 9 Millionen verspielt. Und ich habe festgestellt, dass dieser Kollege bei jedem seiner Besuche rund 50 Prozent der

kämpfung nicht vollständig umgesetzt. Die staatliche Geldwäsche-Kontrolle sowie Sanktionsmöglichkeiten existierten im Nichtfinanzbereich nur zum Teil. Frank hat – als Privatperson – die Bundesrepublik vor der Europäischen Kommission bloßgestellt. Die Geldwäsche nannte er die Achillesferse der transnationalen Organisierten Kriminalität.

hol/mzo

Flüchtlingskrise im Fokus der GdP-Haupt- und Gesamtpersonalräte

Vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise trafen sich im Oktober die GdP-Vorsitzenden der Haupt- und Gesamtpersonalräte in Bund und Ländern in der Berliner Bundesgeschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei zu einem zweitägigen Meinungsaustausch. Neben aktuellen Vor-Ort-Berichten erörterten die Personalvertreterinnen und -vertreter die direkten Auswirkungen des ungebremsen Flüchtlingsstroms auf die Aufgabewahrnehmung sowie die Einsatz- und Kriminalitätsbelastung der Polizei. Vertiefte Einblicke dazu verschaffte den Kolleginnen und Kollegen der nordrheinische-westfälische Kriminaldirektor Peter Andres, der zu diesem Thema referierte.

Auch über den „Einsatz von Polizei in Friedensmissionen“ wurde intensiv debattiert. Dieter Wehe, der Vorsitzende der Bund/Länder-Arbeitsgruppe „Internationale Polizeimissionen“ (AG IPM) im Bundesinnenministerium, berichtete, dass derzeit rund 160 deutsche Polizeivollzugsbeamte in Missionen

vorragend bewährt und seien national und international außerordentlich anerkannt. Die derzeitige Fluchtbewegung großer Menschengruppen aus Kriegs- und Krisengebieten unterstreiche darüber hinaus nachdrücklich die Bedeutung und Notwendigkeit internationaler Polizeimissionen. Es gehe darum,

und von Regierungsmitgliedern sowie im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD sei zuletzt wiederholt die gewachsene Rolle und Verantwortung Deutschlands im internationalen zivilen Friedensmanagement betont worden. Ziel sei es unter anderem, die rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für den Einsatz von Polizistinnen und Polizisten in Friedensmissionen zu verbessern. Diesem Zweck dienten ein gemeinsamer Entschließungsantrag aller Bundestagsfraktionen (außer der LINKEN) sowie eine umfassende Bund-Länder-Vereinbarung, die sich in Vorbereitung befinde.

Nach Auffassung der GdP müssten insbesondere Lösungen für den Mehrbedarf an Führungskräften und Spezialisten in IPM entwickelt, die Aus- und

Fortbildung unter anderem durch die Einrichtung eines gesonderten Fachgebiets an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) entsprechend verbessert, unterschiedliche Versorgungsregelungen und Anerkennungszeiten beseitigt sowie sich für Mittelserhöhungen im Bundeshaushalt für IPM eingesetzt werden.

Auch die jeweilige Zusammenarbeit zwischen Personalrat und GdP war Gegenstand der prall gefüllten Tagesordnung. Einen gewerkschaftspolitischen Situationsbericht lieferte der stellvertretende Bundesvorsitzende und Gastgeber Arnold

Plickert, der im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für den Bereich Mitbestimmung verantwortlich zeichnet.

Christian Hoffmeister/red



Aktuelle Informationen über internationale Polizeimissionen durch den Vorsitzenden der Bund/Länder-Arbeitsgruppe (AG IPM), Dieter Wehe.

Foto: Zielasko

entsandt seien, deren Tätigkeit vor Ort unter teils schwierigen Bedingungen erfolge. Deutsche Polizeibeamtinnen und -beamte hätten sich seit 1989 in Internationalen Friedenseinsätzen her-

in den betreffenden Staaten Frieden zu schaffen und Menschenrechte zu wahren. Dies diene im Ergebnis auch der nationalen wie globalen Sicherheit.

In Festreden des Bundespräsidenten

Neuer Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses will Gewalt gegen Polizei im Fokus der Politik halten

Die angesichts der Flüchtlingssituation hohe Belastung und der eklatante Personalmangel der Polizei dominierten den ersten Meinungsaustausch zwischen dem neuen Vorsitzenden des Bundestagsinnenausschusses, Ansgar Heveling, und dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Jörg Radek in Berlin. Es gebe zurzeit kein Allheilmittel, sagte CDU-Politiker Heveling, der im September die Nachfolge seines Parteifreundes und langjährigen Amtsvorgängers Wolfgang Bosbach antrat. Dringlich seien koordinierte und abgestimmte Maßnahmen in Europa.

Heveling und Radek stimmten überein, dass die Personaldecke bei der Polizei deutlich zu kurz sei. Die Bundespolitik könne aber vor dem Hintergrund der Föderalismusreform in Sachen mehr Personal allenfalls eine

Vorbildfunktion einnehmen, betonte der Unions-Innenexperte. GdP-Vize Radek bekräftigte die Kritik seiner Organisation, dass der Föderalismus einen Keil in die für die Polizei notwendige Besoldungsgleichheit treibe.



Aufgeschlossen gegenüber GdP-Positionen:
CDU-Innenpolitiker Ansgar Heveling.

Foto: Zielasko

Anzeige

5.11 

19.12.2015
PREMIUM SHOP
ERÖFFNUNG!

- BEKLEIDUNG
- AUSRÜSTUNG

**100 M 3-GUN MEHRDISTANZ
BELASTUNGS-PARCOURS**

AM 19.12.2015, 10:00 - 20:00 UHR IM MSZU. WAFFE + MUNITION WERDEN GESTELLT

Müller Schiesszentrum Ulm GmbH & Co.KG
Albstrasse 78, 89081 Ulm-Jungingen
Tel.: +49 (0) 731 14020-380
info@mszu.de www.mszu.de





Im Gespräch mit dem neuen Innenausschussvorsitzenden des Bundestages sprach GdP-Vize Jörg Radek nachdrücklich den Personalmangel bei der Polizei an.

Foto: Zielasko

In dem etwa einstündigen Gespräch sagte Heveling zu, die zunehmende Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten nicht aus den Augen zu verlieren. Er stelle eine zunehmende Entgrenzung fest, da sei einfach mehr Aggressivität. Maßnahmen zur Eindämmung dieser fatalen Entwicklung müssten im Fokus der Politik bleiben. Es sei wichtig, trotz der momentan alles überragenden Flüchtlingsproblematik nicht andere Themen zu vergessen, so der 43-jährige Nordrhein-Westfale, der seit 2009 als Abgeordneter dem Deutschen Bundestag angehört.

Erörtert wurden zudem Instrumente zur Vorbeugung von Wohnungseinbruchdiebstählen. Radek appellierte an den Innenausschussvorsitzenden, sich dafür einzusetzen, den Bürgern Sicherungsmaßnahmen ihrer Wohnungen und Häuser spürbar zu erleichtern. Viele Einbruchversuche würden durch entsprechende technische Schutzvorrichtungen ins Leere laufen. Diese kosteten aber Geld. Denkbar seien dabei zinslose Kredite der staatlichen KfW-Bank, die steuerliche Absetzbarkeit von entsprechenden Bau-Materialien wie Fenster, Schlösser und Beschläge und die Verbesserung des Einbruchschutzes schon bei der Planung von Bauten.

Radek und Heveling vereinbarten, den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen.

mzo



Neues Gremium für Behinderte in der Polizei



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der konstituierenden Sitzung in Berlin.

Foto: Schönwald



Die neu gegründete Kommission für Belange von Menschen mit Behinderung in der Polizei ist erstmals Mitte November in der Bundesgeschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Berlin zusammengekommen.

Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Dietmar Schilff, der die Vertreterinnen und Vertreter der Schwerbehindertenvertretungen aus den GdP-Landesbezirken und -Bezirken begrüßte, wies auf die Wichtigkeit der Arbeit für Menschen mit Behinderung hin. Durch die Konstituierung dieses Gremiums finde diese auch ihre formale Anbindung an die gewerkschaftspolitische Arbeit. Aus ihrem Kreis bestimmten sie Rainer Ritter (Berlin), Kai Abeln (Bundespolizei) und Inge Jänsch (Sachsen-Anhalt) zu ihren Sprecherinnen und Sprechern.

Die in der zweitägigen Sitzung behandelten Themen reichten von Reformvorschlägen des Schwerbehindertenrechts über das Bundesteilhabegesetz bis zur Stärkung des Betrieblichen Eingliederungsmanagements sowie

der Situation Beschäftigter (Vollzug/Verwaltung/Tarif) in Verwaltung und Betrieben. Die Diskussion zeigte dabei die geballte Kompetenz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Gast am ersten Tag war die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag Dr. Carola Reimann, zuständig für Arbeit und Soziales, Frauen, Senioren, Familie und Jugend. Sie sprach zu den Reformvorhaben im Schwerbehindertenrecht, Bundesteilhabegesetz und bei der Pflege. Die Schwerbehindertenvertreterinnen und -vertreter gaben ihrerseits der Politikerin ihre Anforderungen an eine wirkliche Reform des Schwerbehindertenrechts mit.



In einem engagierten Meinungsaustausch wurden Belange Behinderter behandelt.

Foto: Zielasko

Die Schwerbehindertenvertretung bei Bund und Ländern vertritt über 15.000 Schwerbehinderte und Gleichgestellte in der Polizei. **kör/red**

Anzeige



SFP9
STRIKER FIRED WITHOUT COMPROMISE

SFP9: Die neue Schlagbolzenschlosspistole im Kaliber 9 mm x 19
Anzündsicherheit auf gleichem Niveau wie Hahnpiستolen | Abzugs-, Schlagbolzen- und Demontagesicherung | Voll vorgespanntes System (SA-Abzug) | Schlagbolzenanzeige an Verschluss hinterseite | Niedrige Handlage ermöglicht schnelle präzise Folgeschüsse | Beidseitig bedienbar für Rechts- und Linksschützen (Magazin- und Verschlussauslösehebel) | Patentierte, auswechselbare Durchladehilfen | Austauschbare Griff Rücken und patentierte Griffschalen (27 Griffkombinationen) zur optimalen Anpassung an weibliche und männliche Handgrößen | Patronenlager-/Ladezustandsanzeige | P30 Magazin | Visier mit nachleuchtenden, nicht radioaktiven Kontrastpunkten/-balken

Heckler & Koch GmbH | Heckler & Koch-Strasse 1 | 78727 Oberndorf a. N. | Germany | Tel: +49 (0)7423 79-0
hkinfo@heckler-koch.de | www.heckler-koch.com

Terror erschüttert Paris

Die wirksame Bekämpfung des Terrorismus nach den Anschlägen von Paris ist nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) nur mit international eng vernetzten Polizeien und Sicherheitsbehörden auf Augenhöhe, mit modernster Technik und ausreichendem Personal möglich.



Trauriger Einsatz in der französischen Hauptstadt.

Foto: Elyxandro Cegarra/dpa

„Um die innere Sicherheit und den Schutz der Bevölkerung optimal zu gewährleisten, müssen zudem alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten geprüft wer-

den. Dabei geht es der Polizei um die rechtzeitige Aufdeckung geplanter terroristischer Angriffe und die Vermeidung unschuldiger Opfer“, sagte

der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek Mitte November am Rande der zweitägigen Herbsttagung des Bundeskriminalamtes (BKA) zum Thema Terrorismus.

Die verschärften Sicherheitslagen in Deutschland zeigten, dass die Polizei hierzulande gut aufgestellt sei und umsichtig handle. Auf der anderen Seite bänden diese verschärften Sicherheitslagen viele polizeiliche Kräfte, die ansonsten an anderer Stelle gebraucht würden.

Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste in ganz Europa brauchten jetzt deutlich mehr Unterstützung und Vertrauen durch Politik und Bevölkerung. „Ein geplanter Terroranschlag dieser Größenordnung und Brutalität ist mit einem normalen Polizeischutz nicht zu verhindern. Die einzige Chance, ein solches Attentat zu verhindern, ist, den Tätern bereits bei der Planung auf die Spur zu kommen. Das bedeutet eine intensive nachrichtendienstliche und polizeiliche Überwachung potenzieller Gefährder“, betonte Radek. Gleichzeitig warnte er davor, durch Überreaktionen und Panik den Terroristen in die Hände zu spielen. Der GdP-Vize: „Unser Leben darf nicht vom Terror diktiert werden. Jetzt muss auch der Letzte in Europa begriffen haben, wie wichtig es ist, zusammenzustehen.“

In Paris waren bei den Terroranschlägen mehr als 130 Menschen ums Leben gekommen. **wsd**

Kapitalmarkt

<p>■ Beamtendarlehen 10.000 €-120.000 €</p> <p>■ Extra günstige Kredite für Sparfüchse</p> <p>■ Umschuldung: Raten bis 50% senken</p> <p>■ Baufinanzierungen gigantisch günstig</p> <p>0800 - 1000 500 Free Call</p> <p>Wer vergleicht, kommt zu uns. Seit über 35 Jahren.</p>	<p>Deutschlands günstiger Autokredit</p> <p>2,77% effektiver Jahreszins 5.000 € bis 50.000 € Laufzeit 48 bis 120 Monate</p> <p>Repräsentatives Beispiel nach §6a PangV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €</p> <p>www.Autokredit.center</p>	<p>AK FINANZ</p> <p>Kapitalvermittlungs-GmbH</p> <p>E3, 11 Planken 68159 Mannheim Fax: (0621) 178180-25 Info@AK-Finanz.de</p>	<p>Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker</p> <p>Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 3,89%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 544,73 €, eff. Jahreszins 3,96%, Bruttobetrag 45.757,09 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldersicherung.</p>
--	--	--	--

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.

Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

IFS Hans-Joachim Janke
Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 14 51 45

!SOFORTKREDITE!

vermittelt
PECUNIA GmbH seit 1980
Tel. 02 01/22 13 48

Ablösung teurer Kredite u. Girokonten Kredite bis zum 80. Lebensjahr
Ohne Auskunft bis 10.000 €.

45127 Essen • Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Caritas international
www.caritas-international.de
Spendenkonto 202 753
Postbank Karlsruhe, BLZ 660 100 75

Diakonie Katastrophenhilfe
www.diakonie-katastrophenhilfe.de
Spendenkonto 502 707
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Diakonie Katastrophenhilfe

www.diakonie-katastrophenhilfe.de
Spendenkonto 502 707
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

125 JAHRE NÜRNBERGER VEREINIGTE HAUSKREDITGESELLSCHAFT

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-040 40 41
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendt
Prialat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken-Weseko



Es war früher nicht besser, es war anders – GdP Brandenburg feiert 25-jähriges Jubiläum

Mehr als 100 Gäste waren Mitte November in die Geschäftsstelle der GdP Brandenburg nach Potsdam gekommen, um gemeinsam 25 Jahre Gewerkschaftsarbeit zu feiern – viele bekannte Gesichter, Kolleginnen und Kollegen, Ehemalige und Wegbegleiter. Politik und Polizeiführung waren unter anderen mit Innenminister Karl-Heinz Schröter, Polizeipräsident Hans-Jürgen Mörke und den innenpolitischen Sprechern der Linken und der Grünen vertreten.

Der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende und Vorsitzende des Polizeihauptpersonalrates, Jörg Göhring, begrüßte die Gäste und erinnerte an die wilden Zeiten in den Neunzigern, als die Personalvertretung erst etabliert werden musste. Damals wie heute sei dies nur mit den vielen Ehrenamtlichen möglich gewesen, denen ein ganz besonderer Dank gelte.

Im Anschluss zeichnete Landesvorsitzender Andreas Schuster die „Erfolgsstory der Brandenburger GdP“ nach. Was als Keimzelle 1989 in der turbulenten Wendezeit begann, führte bald mit der Aushandlung des ersten Tarifvertrages zu handfester Gewerkschaftsarbeit. Es folgten viele Großdemos unter anderem zur Übernahme des Tarifergebnisses West, zur Angleichung

der Ostgehälter, zur Beibehaltung der Heilfürsorge, gegen Stellenabbau und für die Rettung des Weihnachtsgeldes.

Als großes Glück bezeichnete Schuster Brandenburgs Partnerland Nordrhein-Westfalen, namentlich in Person von Klaus Steffenhagen und Frank Richter. Diese waren eine große Unterstützung im Aufbau des Landesbezirks, der sich so frei entwickeln konnte, ohne dass versucht wurde, Brandenburg vorgefertigte Strukturen überzustülpen.

„Es war früher nicht besser, es war anders!“, so fiel das Resümee Schusters aus. Die Brandenburger GdP habe in den vergangenen 25 Jahren viel erreicht, auf der Straße, aber auch in den unzähligen politischen Gesprächen. Auch heute seien die Auftragsbücher mit Besoldung, Personalabbau und stei-

gender Belastung der Kollegen für die nächsten 25 Jahre gut gefüllt. Dabei sei es wichtig, zuversichtlich nach vorn zu blicken und aktiv die Zukunft zu gestalten.

Die Eigenständigkeit des Landesverbandes zu bewahren und wie bisher den „Brandenburger Weg“ zu gehen, so schloss Schuster, sei der Schlüssel zur Fortsetzung der „Erfolgsstory GdP-Brandenburg“.

Maria Dietrich



Landesbezirksvorsitzender Andreas Schuster erinnert an die Höhepunkte aus 25 Jahren Gewerkschaftsarbeit in Brandenburg

Foto: Thomas Kühne

Festveranstaltung – 25 Jahre GdP in Sachsen

Im Stadtmuseum Dresden traf sich im Oktober der GdP-Landesbezirk Sachsen, um an deren Gründung vor 25 Jahren zu erinnern. Der Landesvorsitzende Hagen Husgen begrüßte unter anderem über 100 Kolleginnen und Kollegen aus den Bezirksgruppen der GdP, Vertreter der sächsischen Politik sowie den Inspekteur der sächsischen Polizei, Dieter Hanitsch, und den Rektor der sächsischen Hochschule der Polizei, Dr. Harald Kogel. Auch Protagonisten, Kämpfer, Mitstreiter und Wegbereiter von gestern waren der Einladung gefolgt.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Marko Schiemann als langjähriger Wegbegleiter betonte in seiner Festrede, die GdP Sachsen habe sich neben dem Aufbau der Gewerkschaft aktiv und bedeutend am Aufbau der sächsischen Polizei und damit des demokratischen Rechtsstaates beteiligt. „Sie hat sich von Beginn an den aktuellen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen und den damit fast unlösbaren Herausforderungen, vor denen wir alle standen, gestellt“, sagte er. In den zurückliegenden 25

Jahren hätten ihre Mitglieder harte Arbeit geleistet, auf vieles im Privaten verzichtet. „Wer kann heute noch die ehrenamtlich geleisteten Stunden zählen.“

Die GdP Sachsen hat in den zurückliegenden 25 Jahren des Neuaufbaus Maßstäbe gesetzt. Alle Mitarbeiter der Sächsischen Polizei können stolz auf das durch harte Arbeit Geleistete sein. „Im Sorbischen wünscht man bei besonderen Anlässen dem zu Ehrenden „Wjele zboža“ – Viel Glück. Das „Wjele zboža“ hat jedoch etwas



Sachsens GdP-Landesvorsitzender Hagen Husgen

Foto: Matthias Büschel

ganz Feierliches – man könnte meinen etwas Göttliches an sich. Dieses feierliche „Wjele zboža“ wünsche ich Ihnen aus ganzem Herzen – möge Sie das Glück über den heutigen Tag hinaus in Ihrer Arbeit und Ihrem Leben begleiten. Damit das silberne Jubiläum nach 25 weiteren erfolgreichen und mühevollen Jahren der Arbeit für die

FAHRERLAUBNISRECHT

Leitfaden für Studium und Praxis

Von **Bernd Huppertz**.



5. Auflage 2015

Umfang: 568 Seiten

Format: DIN A 5, Broschur

Preis: 29,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0746-8

Das Buch kombiniert die Anforderungen der Bachelor-Ausbildung mit der polizeilichen Praxis. Mit eingehenden Erläuterungen, Schaubildern und zahlreichen Beispielen behandelt der Autor umfassend die fahrerlaubnisrechtlichen Bestimmungen. In insgesamt 60 Kapiteln werden alle Fahrerlaubnisklassen und alle Fahrzeugklassen, einschließlich z.B. der Quads, Trikes, eScooter, motorisierten Kickboards, Touristikbahnen und Minisattelzüge bis hin zu Krankenfahrstühlen, einer genaueren Betrachtung zugeführt.

Die jeweiligen Fahrerlaubnisklassen werden von der Klasseneinteilung über die Besitzstandswahrung bis zu den fahrerlaubnisrechtlichen Bestimmungen im Zusammenhang mit dem internationalen Straßenverkehr komplett dargestellt. Besondere Kapitel zum ausländischen, insbesondere EU-Fahrerlaubnisrecht (einschließlich des Führerscheintourismus) runden das Buch ab.



DER AUTOR

Bernd Huppertz, Polizeihauptkommissar, unterrichtet seit 1994 als Lehrbeauftragter sowie von 2002 bis 2006 und seit 2008 als hauptamtlicher Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW in Köln das Fach Verkehrssicherheitsarbeit.



Bernd Huppertz



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

innere Sicherheit und die Sächsische Polizei und damit für den Freistaat Sachsen vergoldet wird!"

Anschließend bezogen sich der in-

nenpolitische SPD-Sprecher Albrecht Pallas und Inspekteur Hanitsch sowie der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek in ihren Ausführ-

ungen auf die gegenwärtige aktuelle polizeiliche Lage und wagten einen kleinen Ausblick in die Zukunft.

Matthias Büschel

Sofortpaket gefordert – 25 Jahre GdP in Sachsen-Anhalt

Der Landesbezirk Sachsen-Anhalt der Gewerkschaft der Polizei beging Mitte Oktober das 25-jährige Gründungsjubiläum in der Johanniskirche in Magdeburg. Aus diesem Grund waren über 150 Vertreter aus der Politik, der Polizei, Freunde, Geschäftspartner und unsere verdienten Mitglieder geladen.



(v.l.n.r.): Sachsen-Anhalts GdP-Landesvorsitzender Uwe Petermann, Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht, Sachsen-Anhalts DGB-Landeschef Udo Gebhardt und der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek **Foto: Jens Hüttich**

Vorausgegangen war der GdP-Gründung 1990 die Bildung der Gewerkschaft der Volkspolizei als einzige Neugründung einer Gewerkschaft auf dem Gebiet der DDR.

Im Rückblick auf die Ereignisse vor 25 Jahren kann man nur den Mut und die Entschlossenheit derer bewundern, die sich für ihre Kolleginnen und Kollegen engagiert haben und die Basis für die erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit der GdP in der Polizei gelegt haben. Diesen Kolleginnen und Kollegen der ersten Stunde, aber auch denen, die in den nachfolgenden Jahren die gewerkschaftliche Arbeit fortgesetzt haben, war die Festveranstaltung gewidmet.

Nach der Begrüßung der Anwesenden, zu denen der Minister für Inneres und Sport, Holger Stahlknecht zählte, würdigte GdP-Landesvorsitzende Uwe Petermann die geleistete Arbeit der Mitglieder in den zweieinhalb Jahrzehnten. Die Arbeit unserer Gewerkschaft sei konstruktiv und nach vorne sehend angelegt, sagte er und forderte mit Blick auf die Belastungen durch die Flüchtlingsproblematik ein Sofortpaket für die Landespolizei. Im Einzelnen geht es um die Erhöhung des Personalbestandes der Polizei, die schnelle Bereitstellung von Geld, Liegenschaften und notwendiger Sachmittel, die Verbesserung der Motivation und Anerkennung der Leistung

der Polizeibeamten und Angestellten durch Sonderzahlung und Beförderungen, die Einhaltung der Arbeitszeitverordnung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie die strikte Einhaltung der Beteiligungsrechte der Personalräte.

Minister Stahlknecht charakterisierte in einem Grußwort die aktuelle Situation im Land treffend: „Für die Bewältigung der aktuellen Aufgaben steht nicht genügend Personal zur Verfügung.“ Eingehend auf die besondere Lage bat er die Gewerkschaften um Unterstützung und Augenmaß.

Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek, und der Vorsitzende des DGB in Sachsen-Anhalt, Udo Gebhardt, erläuterten in ihren Reden die gesamtgesellschaftlichen Verpflichtungen von Bund und Ländern. Explizit bedankten sie sich beim Landesbezirk der GdP für die konstruktive Zusammenarbeit.

Ingo Neubert

Reise & Erholung

Bayerischer Wald, komf. FeWo**** v. Kollegen ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 93485 Rimbach, Tel./Fax: 099 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

Franken bei Bamberg, eigene Metzgerei. Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 159,- €, Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41, www.zur-sonne-urlaub.de



wasser-craft
rafting canyoning oetzal

Sommer Abenteuer bei uns
TOP ANGEBOT
Canyoning & Raftingtour
1x grillen am Lagerfeuer und
2 ÜF / Pension, DU-WC
Preis pro Person ab € 161
Ermäßigungen f. Polizeigruppen

office@rafting-oetzal.at
www.rafting-oetzal.at
Telefon: 0043 5252 6721





UEFA
EURO2016
FRANCE

Die UEFA EURO 2016™, die vom 10. Juni bis 10. Juli 2016 in Frankreich stattfinden wird, ist die meistverwartete Sportveranstaltung des Jahres.

Erstmals in der Turniergeschichte werden 24 Mannschaften sich über einen ganzen Monat in 51 Begegnungen in zehn verschiedenen Städten miteinander messen. Mit dem Turnier werden der Fußball und die einzigartige Kultur des Ausrichterlandes gefeiert.

Das Lizenzierungsprogramm für die UEFA EURO 2016™ ist eines der wirkungsstärksten Projekte dieser Art in Europa. Die außerordentlich vielen Fans werden versuchen, durch den Kauf der offiziellen Lizenzprodukte der UEFA EURO 2016™ ein Stück des Geschehens mit nach Hause zu nehmen.

DIE UEFA WIRD AKTIV DARAN ARBEITEN, IHR GEISTIGES EIGENTUM AN DER UEFA EURO 2016™ GEGEN ILLEGALE AKTIVITÄTEN ZU SCHÜTZEN. Zum geistigen Eigentum der UEFA EURO 2016™ gehören unter anderem folgende in Deutschland registrierten Marken/Designs:



UEFA
EURO2016
FRANCE



UEFA EURO 2016™



We care about football

UEFA
ROUTE DE GENÈVE 46
CH-1260 NYON 2

T: +41 848 00 27 27
F: +41 848 01 27 27

Mehr Informationen über das Rechtsschutzprogramm der UEFA finden Sie auf www.uefa.com.

25 Jahre jung und aktiv für die Polizei

In der zweiten Oktoberhälfte feierte die GdP Thüringen ihr 25-jähriges Bestehen in ihrer Geschäftsstelle. Zahlreiche Gäste und mehr als 150 Mitglieder waren der Einladung des Landesvorstandes gefolgt, unter ihnen Innenminister Holger Poppenhäger.

Der Landesbezirk Thüringen war am 7. Oktober 1990 in Anwesenheit von hessischen GdP-Funktionären von sieben Thüringer Gewerkschaftern gegründet worden, die zuvor schon bei der Gründung der Gewerkschaft der Volkspolizei aktiv waren. Die De-

Polizei GdP-Mitglieder, die in zwölf Kreisgruppen organisiert sind. Personengruppen und Fachausschüsse bündeln Themen und Probleme und unterstützen den Landesvorstand. In allen Polizeidienststellen des Freistaates bestehen Gewerkschaftsgruppen und arbeiten Ver-

trauensleute.

Die GdP ist heute anerkannter Partner für alle Themen der inneren Sicherheit und der Polizei. Dies trifft für die Innenpolitiker des Thüringer Landtages genauso zu, wie für den Innenminister und für die Führungskräfte der Polizei. Auch die Medien sind an der Meinung der GdP zu aktuellen Fragen interessiert. Durch ihren hohen Organisationsgrad und ihre Struktur kann die GdP dabei für sich

in Anspruch nehmen, die Interessen der Thüringer Polizei und ihrer Beschäftigten zu vertreten.

Das Jubiläum wurde nun mit einem Oktoberfest gefeiert. Für langjährige Mitglieder hatte sich der Landesvorstand eine besondere Ehrung einfallen lassen. Jedes Mitglied, das von Anfang an dabei ist, bekam eine Tonplakette, welche nummeriert und signiert und damit ein Unikat ist. Stellvertretend erhielten rund 100 Mitglieder ihre Plakette beim Oktoberfest.

eg



Der Landesbezirksvorsitzende Kai Christ begrüßt den thüringischen Minister für Inneres und Kommunales, Dr. Holger Poppenhäger.

Foto: GdP Thüringen

legierten der drei Thüringer Bezirke Erfurt, Gera und Suhl waren auch die einzigen, die gegen die komplette Auflösung der GdVP gestimmt hatten und stattdessen die Vereinigung von GdP und GdVP favorisierten.

Am 20. November 1990 fand der erste Landesdelegiertentag statt, der die künftige Organisation des Landesbezirkes und eine Satzung beschloss sowie einen geschäftsführenden Landesvorstand wählte. Sechs Landesdelegiertentage später sind knapp die Hälfte der Beschäftigten der Thüringer

Anzeige



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % %
Informieren Sie sich! % % %
Telefon: (02207) 76 77 % % %
www.fahrzeugkauf.com

www.PolizeiDeinPartner.de



JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei
Das Präventionsportal

www.polizeifeste.de

Alle Polizeifeste der GdP auf einen Blick!



Ungewöhnlicher Verkehrsunfall

Einen etwas ungewöhnlichen Verkehrsunfall mussten Beamte einer Polizei-autobahnstation in Rheinland-Pfalz aufnehmen. Ein Seat Marbella, der auf 25 Kilometer pro Stunde bbH (Bauart bestimmte Höchstgeschwindigkeit) gedrosselt wurde, befuhr die Bundesautobahn (BAB) 650 und ein Pkw-Fahrer fuhr diesem auf. Bei der Unfallaufnahme stellte sich heraus, dass ein Versicherungskennzeichen an dem Fahrzeug angebracht war. Eine Abfrage beim Zentralen Verkehrsinformationssystem (Zevis) resultierte darin, dass es sich um einen motorisierten Krankenfahrstuhl handelte. Der Verstoß gegen Paragraph 18 Abs. 1 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) sei hier nur am Rande erwähnt, denn die Mindest-Bauart-bestimmte-Höchstgeschwindigkeit beträgt auf Autobahnen nun mal mehr als 60 Kilometer pro Stunde. Die Frage, die sich stellte, wieso ist dieser ein motorisierter Krankenfahrstuhl? Eine Typgenehmigung beziehungsweise Einzelgenehmigung konnte die Fahrzeugführerin nicht vorweisen. Ferner war sie nicht im Besitz einer Fahrerlaubnis. Hier soll das Problem aus Sicht des Fahrzeugzulassungsrechts und Fahrerlaubnisrechts betrachtet werden.

Die Zulassung eines Kraftfahrzeugs

Paragraph 1 Abs. 1 Straßenverkehrsgesetz (StVG) stellt fest, dass Kraftfahrzeuge und ihre Anhänger, die auf öffentlichen Straßen in Betrieb gesetzt werden sollen, von der zuständigen Behörde zum Verkehr zugelassen sein müssen. Die Fahrzeugzulassungsverordnung (FZV) als spezialisierte Verordnung zur Zulassung von Kraftfahrzeugen und ihren Anhängern stellt in Paragraph 1 klar, dass sie nur Anwendung findet, wenn die durch die Bauart bestimmte Höchstgeschwindigkeit mehr als 6 Kilometer pro Stunde beträgt. Die direkte Zulassungsvorschrift ist der Paragraph 3 Abs. 1 FZV. Diese Bestimmung verlangt für die Zulassung als Voraussetzung eine Typ- oder Einzelgenehmigung (Definition in Paragraph 2 Nr. 4, 5, 6 FZV). Die Zulassung selbst erfolgt durch Zuteilung eines amtlichen Kennzeichens und Zuteilung einer Zulassungsbescheinigung. Personenkraftwagen fallen unter diese Bestimmung, dabei kommt es nicht darauf an, ob diese gedrosselt sind (es sei denn auf eine Geschwindigkeit von nicht mehr als sechs Kilometer pro Stunde). Dazu ist auch die Entscheidung des Oberverwaltungsgericht (OVG) NRW (13.06.95, 25 B 1332/95, VRS 90, S. 237) zu beachten. Hier wird ausgeführt: Durch die Bauart bestimmt liegt nur dann vor, wenn sie ihren Grund in der konstruktiven Beschaffenheit derjenigen Bauteile hat, die die Fortbewegung des Fahrzeugs ermöglichen (namentlich: Fahrgestell, Bereifung, Motor, Getrie-

be). Vorrichtungen, die verhindern, dass ein Kraftfahrzeug seine weiterbestehende höhere Fahrleistung lediglich faktisch nicht ausnutzen kann, führen nicht zu einer Bauartveränderung. In dem Fall waren die Gänge drei und vier gesperrt). Nun sind diese Fahrzeuge nicht mehr mit einem amtlichen Kennzeichen versehen und somit nehmen sie ohne die erforderliche Zulassung am öffentlichen Straßenverkehr teil. Das verunfallte Kraftfahrzeug hatte ein Leergewicht von 680 Kilogramm, ein zulässiges Gesamtgewicht von 1.180 Kilogramm und vier Sitze.

Somit wäre Paragraph 3 Abs. 1 FZV einschlägig, das Fahrzeug war aber nicht zugelassen. Kam eine Ausnahme in Betracht?

Paragraph 3 Abs. 2 FZV

Von dieser Zulassungspflicht werden in Paragraph 3 Abs. 2 FZV einige Kraftfahrzeuge und Anhänger ausgenommen.

Unter Nr. 1 Buchstabe e sind die motorisierten Krankenfahrstühle und unter Buchstabe f sind die vierrädrigen Leichtkraftfahrzeuge aufgeführt; Paragraph 2 Nr. 12 FZV definiert die vierrädrigen Leichtkraftfahrzeuge, Nr. 13 die motorisierten Krankenfahrstühle.

• Vierrädrige Leichtkraftfahrzeuge

Vierrädrige Kraftfahrzeuge mit einer Leermasse von nicht mehr als 350 Kilogramm, ohne Masse der Batterien bei Elektrofahrzeugen, mit einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von nicht mehr als 45 Kilometer pro Stunde,

mit Fremdzündungsmotor, dessen Hubraum nicht mehr als 50 Kubikzentimeter beträgt, oder mit einem anderen Verbrennungsmotor, dessen maximale Nennleistung nicht mehr als 4 Kilowatt beträgt, oder mit einem Elektromotor, dessen maximale Nennleistung nicht mehr als 4 Kilowatt beträgt;

Die Geschwindigkeit würde eine Einordnung möglich machen, bei einem lediglich geschwindigkeitsreduzierten PKW, der ursprünglich eine wesentliche höhere Leermasse aufwies, nicht mehr. Auch der genannte Hubraum dürfte häufig nicht passen und die genannte Kilowatt-Zahl auch nicht.

Somit konnte diese Ausnahme nicht greifen.

• Motorisierter Krankenfahrstuhl

Motorisierte Krankenfahrstühle sind einsitzige, nach der Bauart zum Gebrauch durch körperlich behinderte Personen bestimmte Kraftfahrzeuge mit Elektroantrieb, einer Leermasse von nicht mehr als 300 Kilogramm einschließlich Batterien jedoch ohne Fahrer, einer zulässigen Gesamtmasse von nicht mehr als 500 Kilogramm, einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von nicht mehr als 15 Kilometer pro Stunde und einer Breite über alles von maximal 110 Zentimeter. Hier sei noch der Hinweis auf Paragraph 50 FZV für ältere Fahrzeuge erlaubt. Nach Abs. 1 der Vorschrift sind Fahrzeuge, die nach Paragraph 18 Absatz 2 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung in der bis zum 28. Februar 2007 geltenden Fassung der Zulassungspflicht oder dem Zulassungsverfahren nicht unterworfen waren und die vor dem 1. März 2007 erstmals in Verkehr kamen, weiterhin zulassungsfrei, war für diese Fahrzeuge auch keine Betriebserlaubnis erforderlich, bedürfen sie keiner Genehmigung nach Paragraph 2 Nummer 4 bis 6.

Auch in der alten StVZO waren motorisierte Krankenfahrstühle als zulassungsfreie Fahrzeuge aufgeführt. Darin war aber dieselbe Definition im Paragraph 18 StVZO genannt. In Paragraph 72, der Übergangsbestimmung war jedoch enthalten: Als motorisierte Krankenfahrstühle gelten auch nach der Bauart zum Gebrauch durch körperlich gebrechliche oder behinderte Personen bestimmte Kraftfahrzeuge mit höchstens zwei Sitzen, einem Leergewicht von nicht mehr als 300 Kilogramm und einer durch die Bauart bestimmten Höchstgeschwindigkeit von nicht mehr als 30 Kilometer pro Stunde (maschi-



nell angetriebene Krankenfahrstühle früheren Rechts), wenn sie bis zum 30. Juni 1999 erstmals in den Verkehr gekommen sind. Als motorisierte Krankenfahrstühle gelten auch nach der Bauart zum Gebrauch durch körperlich gebrechliche oder behinderte Personen bestimmte Kraftfahrzeuge mit einem Sitz, einem Leergewicht von nicht mehr als 300 Kilogramm und einer durch die Bauart bestimmten Höchstgeschwindigkeit von nicht mehr als 25 Kilometer pro Stunde, wenn sie bis zum 1. September 2002 erstmals in den Verkehr gekommen sind.

Doch auch hier kann man festhalten, das genannte Fahrzeug fällt nicht unter diese Bestimmung.

Inbetriebsetzung zulassungsfreier Fahrzeuge

Könnte man die Fahrzeuge darunter subsumieren, müsste man Paragraph 4

des Fahrzeugs nicht zugleich Halter war, müsste auch Paragraph 3 Abs. 4 FZV beachtet werden. Das Bußgeld beträgt dabei 70 Euro. Die Tatbestand-Nr. des Bundesweiten Tatbestandskatalog sind die Nr. 803500: Sie ordneten die Inbetriebnahme des Fahrzeugs an, obwohl es nicht zum Verkehr zugelassen war, beziehungsweise ließen sie zu, und 803600: Sie setzten das Fahrzeug in Betrieb, obwohl es nicht zum Verkehr zugelassen war. Nach der Anlage 13 zur Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV) ist dies auch ein Verstoß, der mit einem Punkt bewertet wird.

Fahrerlaubnisrecht

Zunächst verlangt Paragraph 2 StVG für das Führen von Kraftfahrzeugen im öffentlichen Verkehrsraum eine Fahrerlaubnis. Die durch die Bauart bestimmte Höchstgeschwindigkeit spielt zunächst keine Rolle. Paragraph

ber einer Prüfbescheinigung für Krankenfahrstühle nach Paragraph 5 Absatz 4 dieser Verordnung in der bis zum 1. September 2002 geltenden Fassung sind berechtigt, motorisierte Krankenfahrstühle mit einer durch die Bauart bestimmten Höchstgeschwindigkeit von mehr als 10 Kilometer pro Stunde nach Paragraph 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 dieser Verordnung in der bis zum 1. September 2002 geltenden Fassung und nach Paragraph 76 Nummer 2 dieser Verordnung in der bis zum 1. September 2002 geltenden Fassung zu führen. Wer einen motorisierten Krankenfahrstuhl mit einer durch die Bauart bestimmten Höchstgeschwindigkeit von nicht mehr als 10 Kilometer pro Stunde nach Paragraph 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 dieser Verordnung in der bis zum 1. September 2002 geltenden Fassung führt, der bis zum 1. September 2002 erstmals in den Verkehr gekommen ist, bedarf keiner Fahrerlaubnis oder Prüfbescheinigung nach Paragraph 5 Absatz 4 dieser Verordnung in der bis zum 1. September 2002 geltenden Fassung. In der Version aus 2002 waren auch nach der Bauart zum Gebrauch durch körperlich gebrechliche oder behinderte Personen bestimmte Kraftfahrzeug mit einem Sitz, einem Leergewicht kleiner als 300 Kilogramm, bbH kleiner als 25 Kilometer pro Stunde und nach der Bauart zum Gebrauch durch körperlich gebrechliche oder behinderte Personen bestimmte Kraftfahrzeug mit höchstens 2 Sitzen, einem Leergewicht kleiner als 300 Kilogramm, bbH kleiner als 30 Kilometer pro Stunde sofern sie auch von diesen benutzt wurden und motorisierte KFS im Sinne der Vorschriften der DDR wenn erstmals bis 28. Februar 1991 in Verkehr kamen, als motorisierter Krankenfahrstuhl anzusehen.

Wie schon ausgeführt, hatte das verunfallte Kraftfahrzeug jeweils Werte, die weit über den hier genannten lagen. Somit kam ein motorisierter Krankenfahrstuhl nicht in Betracht und eine Fahrerlaubnis ist erforderlich, die die Person nicht hatte.



Ist das ein motorisierter Krankenfahrstuhl? Rechtlich keine ganz so einfache Antwort.

Foto: PP Rheinpfalz

FZV betrachten. Wäre eine der Ausnahmen gegeben, müsste eine Typ- oder Einzelgenehmigung vorliegen, und das Fahrzeug würde nach Abs. 3 ein Versicherungskennzeichen benötigen. Ein solches war an dem Fahrzeug angebracht.

Ordnungswidrigkeit

Das Fahrzeug hätte zugelassen sein müssen. Somit lag ein Verstoß nach Paragraph 3 Abs. 1 FZV vor. Wenn der Füh-

4 FeV wiederholt zunächst die Forderung aus Paragraph 2 Abs. 1 StVG. Die Bestimmung führt in Abs. 1 weiter aus, dass gewisse Kraftfahrzeuge von dieser Fahrerlaubnispflicht ausgenommen sind. Dort sind unter anderem genannt: motorisierte Krankenfahrstühle. In dieser Bestimmung verwendet man die selbe Definition wie in Paragraph 2 Nr. 13 FZV; in Bezug auf das Übergangsrecht wird in Paragraph 76 Nr. 2 FeV dargelegt: Paragraph 4 Absatz 1 Nummer 2 (Krankenfahrstühle); Inha-

Mögliche Fahrerlaubnisklassen

KI. AM

Unter die KI. AM können unter anderem vierrädrige Leichtkraftfahrzeuge subsumiert werden. Da es aber auch ein solches Fahrzeug nicht war, kommt die Fahrerlaubnis-Klasse nicht in Betracht.

KI. B

Kraftfahrzeuge – ausgenommen



Kraftfahrzeuge der Klassen AM, A1, A2 und A – mit einer zulässigen Gesamtmasse von nicht mehr als 3.500 Kilogramm, die zur Beförderung von nicht mehr als acht Personen außer dem Fahrzeugführer ausgelegt und gebaut sind (auch mit Anhänger mit einer zulässigen Gesamtmasse von nicht mehr als 750 Kilogramm oder mit Anhänger über 750 Kilogramm zulässiger Gesamtmasse, sofern 3.500 Kilogramm zulässige Gesamtmasse der Kombination nicht überschritten wird). Dies wäre nach den gemachten Angaben einschlägig.

Kl. L

Zugmaschinen, die nach ihrer Bauart zur Verwendung für land- oder forstwirtschaftliche Zwecke bestimmt sind und für solche Zwecke eingesetzt werden, mit einer durch die Bauart bestimmten Höchstgeschwindigkeit von nicht mehr als 40 Kilometer pro Stunde und Kombinationen aus diesen Fahrzeugen und Anhängern, wenn sie mit einer Geschwindigkeit von nicht mehr als 25 Kilometer pro Stunde geführt werden, sowie selbstfahrende Arbeitsmaschinen, selbstfahrende Futtermischwagen, Stapler und andere Flurförderzeuge jeweils mit einer durch die Bauart bestimmten Höchstgeschwindigkeit von nicht mehr als 25 Kilometer pro Stunde und Kombinationen aus diesen Fahrzeugen und Anhängern.

Ein gedrosselter PKW ist hier nicht aufgeführt. Aber aufpassen, eventuell ist bei der Klasse eine Schlüssel-Nr. eingetragen. Zu beachten wäre die Schlüssel-Nr. 175 gleich Klasse L, auch gültig zum Führen von Kraftfahrzeugen mit einer durch die Bauart bestimmten Höchstgeschwindigkeit von nicht mehr als 25 Kilometer pro Stunde und zum Führen von Kraftfahrzeugen mit Ausnahme der zu den Klassen A, A1, A2 und AM gehörenden mit einem Hubraum von nicht mehr als 50 Kubikzentimeter.

Paragraf 5 StVZO alt

Nach Paragraf 5 Abs. 3 Nr. 5 dieser Bestimmung berechtigten Fahrerlaubnisse der Klasse 5, die vor dem 1. Januar 1989 erteilt worden sind auch zum Führen von Kraftfahrzeugen mit einer durch die Bauart bestimmten Höchstgeschwindigkeit von nicht mehr als 25 Kilometer pro Stunde. Wird eine solche Fahrerlaubnis umgestellt, erhält die Person nach der Anlage 3 zur Fahrerlaubnis-Verordnung die Klasse L mit

der oben genannten Schlüssel-Nr. 175.

Fahren ohne Fahrerlaubnis

Hier muss nachgeschaut werden, welche FE-Klasse die Person besitzt. Hat die Person keine Fahrerlaubnis oder nicht die für das Kraftfahrzeug geforderte, macht sie sich strafbar im Sinne des Paragraf 21 StVG, Fahren ohne Fahrerlaubnis. Auch der Halter des Fahrzeugs macht sich nach der Bestimmung strafbar.

Pflichtversicherungsgesetz und Kraftfahrzeugsteuer

Nach Paragraf 1 Pflichtversicherungsgesetz muss grundsätzlich der Halter von Kraftfahrzeug und ihren Anhängern beim Betrieb im öffentlichen Verkehrsraum eine Haftpflichtversicherung abschließen und aufrechterhalten. Da bei einem Versicherungskennzeichen ein entsprechender Haftpflichtversicherungsvertrag abgeschlossen ist, dürfte ein Verstoß gegen Paragraf 6 Pflichtversicherungsgesetz

(PflVersG) in der Regel nicht vorliegen. Interessant ist hier aber die Frage, wieso ein lediglich gedrosselter PKW eine Haftpflichtversicherung für einen motorisierten Krankenfahrstuhl oder ein vierrädriges Leichtkraftfahrzeug erhalten kann, denn die Daten müssen hier normalerweise eingetragen werden. Vom Grundsatz unterliegt nach Paragraf 1 Kraftfahrzeugsteuergesetz (KraftStG) der Kraftfahrzeugsteuer, das Halten von inländischen und ausländischen Fahrzeugen zum Verkehr auf öffentlichen Straßen. Hier ist jedoch der Hinweis auf Paragraf 3 KraftStG notwendig. Denn von der Steuer befreit ist das Halten von Fahrzeugen, die dem Zulassungsverfahren nicht unterliegen. Da gedrosselte PKW aber nicht in Paragraf 3 KraftStG genannt sind, kommt, wenn keine andere Ausnahme vorliegt, ein Verstoß gegen das KraftStG in Betracht.

**Ewald Ternig,
Dozent für Verkehrsrecht/
Verkehrslehre,
Hochschule der Polizei
Rheinland-Pfalz**

GESUNDHEIT

Unser Leben mit einer seltenen Erkrankung

Es gibt Entwicklungen im Leben, die sind einfach da und fragen vorher nicht, ob sie kommen dürfen und für immer bleiben können. Bei Polizeiobermeister (POM) Thorsten Frank und Polizeihauptkommissar (PHK) Christian Weyrich war das so. Bis vor einem halben Jahr kannten sich beide Bundespolizisten noch nicht, aber die seltene Krankheit ihrer Kinder und der Informationsdrang ihrer Frauen änderte dies.

Christians Tochter Maximilia (3) und Thorstens Sohn Felix (2) leiden an dem CDG-Syndrom. Diese seltene Krankheit steht ins Deutsche übersetzt für „Angeborene Störung der Glykosylierung“. Die Glykosylierung ist ein grundlegender Stoffwechselprozess im menschlichen Körper, bei dem durch Enzyme Zuckerketten an Proteine gebunden werden. Dieser funktioniert bei den Kindern nur eingeschränkt. Die Folgen sind beispielsweise Muskelschwäche, Leberschädigungen, Augenerkrankungen, erhöhte Thrombosegefahr, Atemschwäche oder Ernährungsstörung.

Der Schweregrad kann sehr unterschiedlich sein. In den ersten fünf

Lebensjahren sterben 20 Prozent der Kinder. Die kleinen Körper sind einfach zu schwach, um Infektionen von außen zu kompensieren. Das klingt im ersten Moment vielleicht etwas dramatisch, aber Kollege Frank und seine Frau haben das gerade vor vier Wochen kennenlernen müssen. Innerhalb weniger Tage entwickelte sich bei Felix ein Schnupfen zu einer Lungenentzündung mit Atemnot und erhöhter Thrombosegefahr. „Wir standen nur noch da und mussten zusehen, wie es unserem Kind immer schlechter ging und nicht abzusehen war, wie das ganze ausgehen wird“, so die Eltern. Auch für die behandelnden Ärzte war dieser Verlauf einer Infektion neu, da



sie erstmals mit dem CDG-Syndrom konfrontiert waren.

In ersten Lebensjahren viele Infektionen

Eine Besonderheit in der Pflege der Kinder stellt die Überwachung der Körpertemperatur dar. Gerade in den ersten Jahren müssen Kinder eine große Menge an Infekten durchleben, die nicht selten mit Fieber einhergehen. Und genau das ist das Problem: Kinder mit CDG-Syndrom dürfen nicht über 38,5 Grad Celsius Fieber bekommen. Die Körpertemperatur muss also vehement gesenkt werden, da es sonst in kürzester Zeit zu lebensbedrohlichen Zuständen im Herz-Kreislaufsystem kommen kann. Bei Infekten steigt auch die Thrombosegefahr rapide an und kann zu kritischen Gefäßverstopfungen führen.

Bei seltenen Erkrankungen ist ein mangelndes Interesse der Pharmaunternehmen an der Medikamentenforschung festzustellen. Mit CDG-Syndrom Typ 1a gibt es beispielsweise 1.000 diagnostizierte Kinder weltweit. Der potenzielle Kundenkreis für entsprechende Medikamente ist somit aus Unternehmenssicht schlichtweg zu klein, als dass es sich wirtschaftlich rechnen würde.

Eine mögliche Medikamentenstudie ist somit nur im Rahmen eines Forschungsprojekts einer Universitätsklinik zu realisieren. Momentan gibt es an der Uni Münster Versuche mit Mannose – einer speziellen Zuckerart. Die Lösungsansätze sind experimentell, konkrete Langzeitfolgen nicht abschätzbar und die Finanzierung nicht durch alle Krankenkassen gedeckt. Viele Kassen tragen die Kosten für die Mannose nicht, die sich auf circa ein Euro pro Gramm Mannose belaufen. Maximilia bekommt mit ihren derzeit 12 Kilogramm Körpergewicht 2 Gramm Mannose pro Kilogramm Körpergewicht – das macht im Ergebnis 720 Euro im Monat und ist so auf Dauer nicht aus eigenen Mitteln finanzierbar.

Neben mangelnden medikamentösen Behandlungsansätzen stehen die Ansätze für eine spezifische Physiotherapie noch am Anfang. Auch hier sind es Universitätskliniken wie in Köln, die mit Programmen wie „Auf die Beine“ Studien betreiben, um die körperlichen Symptome zu lindern sowie die Kinder motorisch und kognitiv zu fördern. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Studie ist eine besondere Vibra-

tionsplatte, die nicht von den Kassen getragen wird. Beide Familien haben sich dieses Jahr eine solche Platte für 3.500 Euro selbst gekauft.

Alle Beteiligten wachsen mit der Herausforderung

Eine große Stütze für betroffene Familien stellt der Bundesverein CDG-Syndrom e.V. (www.Glycokids.de) dar, der sie in ein Informations- und Betreuungsnetzwerk einbindet und in allen Angelegenheiten der Pflege ihrer Kinder unterstützen will. Zudem werden die Familien durch gezielte finanzielle Fördermaßnahmen unterstützt, wenn die Kassen nicht leisten und eigene Mittel nicht ausreichen.

Über den Verein wurde auch der Kontakt der Kollegen hergestellt. Beim Besuch der Familie Frank in Ostbayern fiel gleich im Eingangsbereich der Blick auf die Uniformjacke – eine weitere wesentliche Parallele war gefunden.

Neben den alltäglichen Herausforderungen des Polizeidienstes stellt die Pflege der Kinder eine besondere Belastung dar. Das gilt im privaten Alltag

ebenso wie bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Bundespolizei bietet dabei grundsätzlich eine große Palette an Möglichkeiten, deren Ausgestaltung teilweise bei Vorgesetzten und Kollegen noch ausbaufähig ist. Aber auch hier wachsen alle Beteiligten an dieser Herausforderung. Für die Kollegen sind eine räumliche Nähe von Dienst- und Wohnort und flexible Dienstzeiten besonders wichtig, um jederzeit schnell bei der Familie zu sein. Nur so können die zahlreichen Arzttermine, die Pflege und die therapeutischen Maßnahmen mit dem Dienst vereinbart und in den Alltag eingebaut werden.

Die Kollegen hoffen auf die medizinischen und therapeutischen Studien der Unikliniken und die finanzielle Leistungsbereitschaft der Krankenkassen, damit ihre Kinder weiterhin eine vernünftige Versorgung und die bestmögliche Förderung zur kognitiven und körperlichen Entwicklung haben. Damit der Bundesverein weiterhin alle betroffenen Familien tatkräftig unterstützen kann, sind Spenden sehr erwünscht.

Tina Leistner/Christian Weyrich

EINSATZGESCHEHEN

Wolfs-Hotlines auf die Wache!

Hinweise zu Ereignissen im Zusammenhang mit Wölfen

„Ist da die Polizei? Ich hatte gerade einen Unfall mit einem großen Tier gehabt. Das liegt am Straßenrand und lebt noch. Ich glaube, es ist ein Wolf.“ So oder so ähnlich könnten sich mitunter Notrufe anhören. Wenn Sie nun mit einem „Da schicke ich Ihnen grad den Jagdpächter vorbei, der kann sich darum kümmern“ antworten, sollten Sie spätestens bei diesem auf Granit beißen. Für Jäger gilt die Befugnis nach Paragraf 22 a Bundesjagdgesetz nicht, schwer krankes Wild durch einen Schuss zu erlösen. Auch die Polizei darf den Wolf nicht ohne Weiteres durch einen Fangschuss erlösen, sofern er verletzt vor Ort liegt, wie es häufig bei jagdbarem Wild geschieht. Zu beachten ist die besondere naturschutzrechtliche Stellung des Wolfes.

Lange galt der Wolf (Canis lupus) hierzulande als ausgerottet. Aus verschiedenen Ländern wanderten jedoch in den vergangenen Jahren immer wieder Wölfe nach Deutschland und siedelten sich an. Vorkommen gibt es heute vor allem in Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Bestätigte Sichtungen gab es in Hessen, Thüringen, Rheinland-Pfalz und Bayern. Am 21. April 2012 wurde im Westerwald

ein aus Italien stammender Wolf erschossen. Dokumentiert sind zudem Begegnungen lebender Wölfe mit Menschen sowie Vorfälle im Unfallgeschehen (Bundesautobahnen A 1, A 7, A 661 bei Frankfurt am Main) sowie ein bestätigter Riss eines Tieres durch einen Wolf bei Pirmasens in Rheinland-Pfalz.

Streng geschützt

Nach dem Bundesnaturschutzgesetz



(BNatschG) gehört der Wolf zu den streng geschützten Arten (Paragraf 7 Abs. 2 Nr. 14 Buchstabe b BNatschG). Ihn zu töten, ist nach Paragraf 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatschG verboten. Wer es dennoch tut, begeht, sofern keine Entschuldigungs- und Rechtfertigungs-

beziehungsweise dem sächsischen Landesjagdgesetz. Und nur dort dürfen Jäger ihn nach vorheriger Abstimmung mit der Jagdbehörde töten, wenn er verletzt angetroffen wird. Die Abstimmungspflicht resultiert aus Paragraf 3 Abs. 3 des Sächsischen Jagdgesetzes.

Benennung der Art des Ereignisses erforderlich. Hierbei sind die in den Managementplänen vorgesehenen Informationsketten oder -wege zu beachten.

Hotlines

Dazu sind die Tiere für weitere Untersuchungen durch die zuständigen Stellen gegebenenfalls zunächst vor Ort zu belassen oder eine Entscheidung hierüber herbeizuführen. Die Personen, die die Hotlines abdecken, veranlassen das weitere Vorgehen im Umgang mit den Tieren unter Berücksichtigung der zahlreichen internationalen und nationalen Rechtsvorschriften zum Schutz der Wölfe. Das kann letztlich auch die Entscheidung sein, dass ein schwer verletzter Wolf getötet werden darf.

Im Wesentlichen sehen die Managementpläne vereinfacht folgende Abläufe vor.

- Meldung eines Wolfs-Ereignisses auf den vorgesehenen Meldewegen
- Entsendung einer kundigen Person zur Bewertung des Ereignisses zum Ereignisort durch die entscheidende Behörde
- Rückkopplung der kundigen Person an die zuständigen Naturschutzbehörden
- Entscheidung über das weitere Vorgehen

Höhere Wahrscheinlichkeit

Mit den erwähnten Ansiedlungen und zunehmenden Begegnungen könnte die Wahrscheinlichkeit von Ereignissen im Zusammenhang mit Wölfen zunehmen. Und wie so oft werden sich Bürger zuerst an die Polizei wenden, wenn es zu einem Zusammentreffen kommt. Für diese Fälle erscheint es hilfreich, neben einer Jagdpächterliste auch eine (Bereitschafts-)Nummer der örtlich zuständigen Naturschutzbehörde beziehungsweise die passende Hotline-Nummer des Wolfsmanagements auf der Wache beziehungsweise den Leitstellen vorzuhalten.

Die Bundesländer haben überwiegend (meist durch die Umweltressorts) Informationen auf ihren Internetseiten oder in eigens erstellten Managementplänen zusammengestellt, die über telefonische Hotlines beziehungsweise Erreichbarkeiten informieren.

Werden der Polizei Vorkommnisse – auch Verdachtsfälle – mit Wölfen gemeldet, ist eine Information der zuständigen Stelle unter Nutzung der Hotlines beziehungsweise E-Mail-Adresse und



Foto: WILDLIFE/M. Blüchens/dpa

gründe vorliegen, eine Straftat nach Paragraf 71 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit Paragraf 69 Abs. 2 Nr. 1 BNatschG.

Außer in Sachsen unterliegt der Wolf auch nicht dem Jagdrecht. Er ist zwar dort ohne Jagdzeit und ganzjährig geschont, aber nur dort gehört er zum Wild gemäß dem Bundesjagdgesetz

Alexander Kolb



Nr. 12 • 64. Jahrgang 2015 •
Fachzeitschrift und Organ der
Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und
Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO
zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der
Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Deutsche
Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 0
Fax: (030) 39 99 21 - 200
Internet: www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/
Pressestelle**

Chefredakteur/Pressesprecher: Rüdiger Holecek (hol)
CvD: Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,
10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117
Fax: (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft
der Polizei**
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183
Fax (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdp.polizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016



Druckauflage dieser Ausgabe:
181.672 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887

Titel

Foto:
GdP/Hagen Immel

Gestaltung/Innentitel:
Rembert Stolzenfeld



UNSER KLASSIKER – AUCH ONLINE

Das Polizei-Fach-Handbuch ist der umfassende Ratgeber für die Polizeipraxis sowie für die Aus- und Weiterbildung. Mit der digitalen Ausgabe erhalten Sie zusätzlich eine komfortable und schnelle Recherchemöglichkeit.

Bezugsmöglichkeit

Die online-Ausgabe ist für einen Jahreslizenz-Preis von 88,80 € erhältlich.

Unser Angebot für Abonnenten der Loseblatt-Ausgabe

Sie können einen online-Zugang zum Preis von 1,00 € auf die jeweilige Nachtragslieferung erwerben und damit für einen Betrag von nur 5,00 €/Jahr alle Vorteile der digitalen Ausgabe nutzen.



The image shows a screenshot of the VDP website. At the top left is the VDP logo and the text 'VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb'. Below this are three navigation tabs: 'AKTUELL', 'KOMPETENT', and 'INFORMATIV'. The main content area is divided into two sections. On the left is a green 'Login' form with fields for 'Benutzername eintragen' and 'Passwort eintragen', a link for 'Zugangsdaten vergessen?', and a 'Freischaltcode' field. On the right is a photograph of five white loose-leaf handbooks numbered 1 to 5, each with a green spine and the text 'Polizei-Fach-Handbuch'. A circular badge in the top right corner of the photo says 'MEDIEN FÜR DIE POLIZEI'.

www.polizeifachhandbuch.de

Das Polizei-Fach-Handbuch online auch über Android-Smartphone oder iPhone mit optimierter Darstellung nutzen.

Laden Sie einfach die App im Store kostenfrei herunter und loggen sich mit Ihren Zugangsdaten ein.

Interessenten steht eine Demo-Version zur Verfügung.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Jetzt geht's los. Abdüsen mit den lizenzierten Ride-On-Cars von Jamara. Mit originalgetreuem Chassis, Multifunktionslenkrad, und tollen Soundeffekten kommen die kleinen Flitzer daher.

Einfach an der Steckdose aufladen, reinsetzen, Zündschlüssel drehen und loscruisen.

Das Beste jedoch ist die Funkfernbedienung. Sie können das Fahrzeug komplett fernsteuern. So können auch die kleinsten Piloten schon durch die Gegend fahren – oder gefahren werden.



Highlights

- Anschluss externer Audioquellen
- Hupe
- Umschalten: RC oder selberfahren
- Licht ein/aus
- Hupe oder Sound am Lenkrad
- Schlüssel für Startvorgang
- Leistungsstarker Antriebsmotor
- Leistungsstarker Akku für lange Fahrzeit
- Gangschaltung (Nur Model Lamborghini Aventador LP 700-4)

Technische Daten:

Mercedes Benz SLK

Abmessung: 1100 x 578 x 490 mm
 Gewicht: 10300 g
 Akku: 6 V 7 Ah
 Fahrzeit: ~60-90 Minuten, Ladezeit ~8-12 Stunden, Sound

Lamborghini Aventador

1122 x 635 x 430 mm
 10300 g
 6 V 7 Ah
 ~60-90 Minuten, Ladezeit ~8-12 Stunden, Sound

Funktionen

- Vorwärts/rückwärts
- Links/rechts
- Stopp

Lieferumfang

- Model
- Fernsteuerung (1 x 9 V erforderlich)
- Fahrakku
- Ladegerät 230 V
- 2 Schlüssel
- Anleitung

Altersempfehlung: ab 3-6 Jahren



Lamborghini Aventador LP 700-4

257112 279,95 € 310,95 €

Mercedes Benz SLK Class 2010

257212 265,95 € 295,95 €

Eine Lieferung mit anderen Produkten ist leider nicht möglich!



ORGANISATION- UND SERVICE-GESELLSCHAFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -4165
 osg.werbemittel@gdp.de • www.osg-werbemittel.de

Weitere Produkte finden Sie unter: www.osg-werbemittel.de oder fordern Sie unseren kostenlosen OSG-Werbemittelkatalog an.